

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 44.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 30. Oktober 1913.

Inserationspreis für die viersp. Beilage 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Postreformal 2. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

14. Jahrg.

Nur vorwärts!

Wenn ein Stein mich zu Fall gebracht,
Meiner Kinder hab' ich gedacht;
Habe ihn mühsam zur Seite geschoben,
Daß sie leichter kämen nach oben.
Wenn ich auch selber im Schatten gelebt,
Aufwärts hab' ich doch immer gestrebt.
Aufwärts, aufwärts in heiligen Schmerzen.

Schreiende Sehnsucht im zuckenden Herzen,
Drum, was ich selber nicht habe erreicht,
Meine Kinder erreichen's vielleicht.
Auf meinen Schultern sollen sie steh'n,
Aufwärts, aufwärts sollen sie seh'n,
Und mir in's Ohr, wenn das Auge mir bricht,
Sollen sie jubeln: „Wir sehen das Licht!“

Hans Eichelbach.

Eine Mahnung.

Ernsthafte Volkswirtschaftler erbringen den Nachweis, daß sich, ungefähr seit dem Jahre 1908, die Lage weiter Arbeiterschichten verschlechtert, zum mindesten aber nicht verbessert hat. Das, trotz der Erfolge, die die Gewerkschaften in den letzten Jahren erzielen konnten. Die Ursache dafür: Die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse sind in weit höherem Maße gestiegen, als eine Erhöhung der Löhne vieler Arbeiterkategorien vor sich ging. Ausnahmen von dieser Regel treffen wir nur vereinzelt.

Diese Entwicklung ist keine zufällige. Gewaltigen Umfanges sind heute diejenigen Organisationen der Produzenten, die sich einzig und allein die Preisbildung der Erzeugnisse zur Aufgabe gestellt haben. Kaum noch finden wir eine Ware, für die nicht Nichtpreise seitens der rein wirtschaftlichen Organisation ihrer Produzenten festgesetzt sind. Wie das gar nicht anders zu erwarten ist, geht hier eine Bildung der Preise in nur steigender Form vor sich. Trusts, Kartelle, Preisconventionen haben es verstanden, die Preisgestaltung fast völlig zu beherrschen. Für die Produzenten (die Unternehmer) ergaben sich aus dieser Entwicklung denn auch steigende Gewinne, wie dieses die Geschäftsberichte der großen Aktien-Unternehmungen ausweisen.

Ein ähnliches Bild finden wir bei Betrachtung der sozialen Geschehnisse, bei Abwägung dessen, wie die einzelnen Bevölkerungsschichten zueinander stehen. Die scharfmacherischen Ideen haben unter den Arbeitgebern ganz bedeutend an Boden gewonnen. Antisoziale Strömungen durchziehen unser ganzes Volksleben. Im Leipziger „Parteil der schaffenden Arbeit“ haben wir den Niederschlag dieser Strömungen vor uns. Eine den Scharfmachern gefällige Wissenschaft hält den Arbeiterschub für überlebt und proklamiert offen und versteckt auf sozialen Gebieten den Arbeitertrub. Kein Zweifel: Die Situation ist für die Arbeiterschaft auf sozialem Gebiete äußerst ungünstig geworden. Das wird in der Arbeiterschaft selbst empfunden. Wie wäre sonst die verhältnismäßig bereits stark entwickelte gelbe Bewegung möglich! Weil der Einfluß und die Macht der antisozialen Scharfmacher stark gewachsen ist, begeben sich schwache Naturen aus der Arbeiterschaft unter die Fittiche ihrer ärgsten Feinde, weil sie hier, beim Stärkeren, Schutz erwarten. Wars nicht ähnlich so vor reichlich hundert Jahren, als selbst deutsche Fürsten sich unter den Schutz und Schirm eines Napoleon stellten, obgleich gerade sie als die Hüter nationaler Kultur und Ehre berufen waren?

Wir müssen uns im klaren darüber sein, wer es verschuldet, daß die für die Arbeiter äußerst ungünstige Entwicklung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete gekommen ist. Die Schwachen unter den Arbeitern werden auf die Gegenseite gezogen, wo man ungerechtfertigter Weise die Macht ausnützte, wo die wirtschaftlichen Vorteile höher im Kurse stehen, als die Wohlfahrt aller und die soziale Gerechtigkeit. Das ist nicht die richtige Argumentation. Wollen wir Arbeiter ehrlich sein, so müssen wir gestehen, daß es zum erheblichsten Teile unsere eigene Schuld ist, daß es so gekommen. In dieser Selbsterkenntnis liegt der erste Schritt zur Besserung, wenn der Einsicht die Tat folgt.

Was haben wir veräußert? Die meisten unter uns sind lau geworden, haben sich gesonnt in den Erfolgen, die ihnen nicht durch eigene Arbeit, sondern durch die Mühe weniger anderer in den Schoß fielen. Wo sind z. B. unter den halb 18 000 Mitgliedern unseres Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter diejenigen, die tätigen Anteil nahmen an der Vorwärtsentwicklung und an der Arbeit ihrer Organisation? Nur verhältnismäßig wenige Mitglieder können sich dessen rühmen. Und in anderen Organisationen dürfte es kaum besser sein. Wie aber soll unsere Zeit mit den sozialen Ideen der Arbeiterschaft befruchtet werden, wenn nicht alle organisierten Arbeiter sich als der lebendige Sauerteig betrachten, der im Volksgang wirkt! Größtlich ist von den eigenen Kollegen diese Pflicht vernachlässigt worden. Wer nachdenkt, der weiß, daß der tiefere Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auf die gesamte Entwicklung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens gleich Null ist. Diesen Einfluß zu erringen, das ist nur einer Arbeiterbewegung möglich, die wie die christlich-nationale, sich nicht außerhalb des nationalen Volkstums stellt. Wie aber soll dieser Einfluß wachsen und so stark werden, daß er wirksam ist, wenn nicht alle, die zu unserer Fahne stehen, daran mitwirken? Glaubt denn jemand ernsthaft, unser Ansehen, unser Einfluß würde gewinnen, wenn seitens der übergroßen Mehrzahl unserer Anhänger nichts, aber auch rein gar nichts geschieht, um die Bewegung auch nach außen hin, durch die Verstärkung der Reihen der Anhänger zu kräftigen? Glaubt man, daß der Einfluß unserer Bewegung wächst, wenn z. B. bei Tarifbewegungen zahlreiche Anhänger gar nicht in Aktion treten, sondern einfach fürlieb nehmen mit demjenigen, was als Erfolg der Arbeit weniger bezeichnet werden kann?

Was uns nützt, das ist die tätige Anteilnahme aller Anhänger an den Arbeiten unserer Organisation, das ist die Mithilfe aller, bei der Werbung neuer Kämpfer für unsere gewerkschaftlichen, für unsere sozialen Ideen! Wer diesen Notwendigkeiten verschließt, der ist nicht nur ein totes Glied unserer Bewegung, sondern auch ein Hindernis bei der Beseitigung aller Schwierigkeiten, die sich besonders in den letzten Jahren der Arbeiterschaft bei ihrem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg in den Weg stellten.

Ausgeräumt darum mit aller Trägheit und Galbheit, die sich im Laufe der Zeit in unsere Reihen eingeschlichen hat! Wir müssen vorwärts und wir wollen vorwärts, drum kann nur angestrebte, ausdauernde, selbstlose Arbeit im Dienste der Arbeiterschaft unsere Aufgabe sein. Eine erhebliche Anzahl Zahlstellen des Verbandes sind bereits eifrig am Werk, bisher Versäumtes nachzuholen und durch eine Hausagitation, allen Abseitsstehenden zu zeigen, was für die Arbeiterschaft auf dem Spiele steht. Sie vertrauen dabei auf die Mithilfe aller ihrer Mitglieder und hoffen, daß auch jene aus ihrer Zurückhaltung heraustreten werden, die bisher die Verbandsarbeit den anderen überließen. Wir können nur wünschen, daß diese Aktionen von jener Begeisterung getragen werden, wie sie z. B. zu Beginn unserer Verbandsfähigkeit unter den Kollegen vorhanden war. Selig ist es, diese Begeisterung allenthalben zu wecken, so liegt darin die Gewähr für den Erfolg. Freilich wird der Erfolg nur dann ein voller sein — und ein voller Erfolg muß erzielt werden — wenn alle Verbandsmitglieder aus der bisher geübten Reserve heraustreten. Das muß geschehen, weil es notwendig, unbedingt notwendig ist. Die Zeit zu energischem Handeln für alle ist gekommen. Darum auch der letzte Mann heraus!

Die Rentabilität holzgewerblicher Betriebe.

Es steht außer Frage, daß sich der Privatbetrieb im eigentlichen Holzgewerbe noch immer am besten rentiert. Vorausgesetzt natürlich, daß sein Inhaber sowohl sachtechnisch als auch kaufmännisch auf der Höhe steht. Daß es keine Kleinigkeit ist, insbesondere einen Betrieb, dessen Produktion sich dem Kunstgewerbe zuneigt, gewinnbringend zu leiten, haben schon manche Schwärmergeister und Industriektter, die sich in holzgewerblichen Unternehmungen versuchten, erfahren müssen. Besonders ist es in neuerer Zeit

eine recht auffallende Tatsache, daß sich die in Form gesellschaftlicher Unternehmungen ausgemachten kunstgewerblichen Betriebe der Holzverarbeitung, sehr schlecht rentieren. Das dürfte seinen Grund nicht darin haben, daß die Betriebe an und für sich nicht ertragsfähig sind, sondern in den außerordentlich hohen unproduktiven Unkosten. Die Künstler, das Reklamewesen, sowie der kaufmännische Betrieb, schöpfen bei diesen Unternehmungen das Fett von der Suppe. Ebenso wenig wie diese Betriebe, können jene holzgewerblichen Unternehmungen der Rohstoff- oder Halbzeugbranche als Beispiel für die Ertragsfähigkeit des Holzgewerbes herangezogen werden, die schon bei ihrer Gründung resp. Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, recht ungünstig standen. Leider ist das Holzgewerbe mit derartigen Gründungen reichlich gesegnet. Wir erinnern da an die Möbelfabriken Germania in Bad Lauterberg a. S., die Zipp-springer Holzwarenfabrik, die Norddeutsche Holzindustrie in Königsberg, die Erzgebirgische Holzindustrie, die Industrie für Holzverwertung in Allen-eisen, die Kalliope-Musikwerke in Dippoldiswalde, die Vereinigten Werkstätten für Kunst und Handwerk in Bremen. Dazu kommen eine Reihe anderer Werke, die aus diesen oder jenen Gründen ertrags- bezw. dividendenlos bleiben mußten. Im letzten Jahre passierte das der Möbelfabrik Pfaff-Berlin, die im Vor-jahre noch 8 Prozent Dividende verteilte. Für die und andere sog. Familiengründungen kommt die Dividendenverteilung zum Ergiebigkeitsnachweis auch kaum in Betracht. Dividendenlos blieben im letzten Jahre ferner die Gufumer Möbelfabrik, die Straßburger Bau- und Möbelschreinerei, die Süddeutsche Möbelfabrik in Mannheim, die Akt.-Ges. Otto Hecker-Weimar, die Wolgaster und die Stolper Holzindustrie, sowie die A.-G. Ferdinand Wendig in Berlin.

In den letzten Jahren läßt sich trotz der schlechten Geschäftsergebnisse der genannten Betriebe eine steigende Ertragsfähigkeit der holzgewerblichen Aktien-Gesellschaften nachweisen. Von 62 holzgewerblichen Aktien-Gesellschaften verteilten im Jahre 1910/11 41 eine Dividende; im Jahre 1911/12 waren es von 64 44. Auffallend günstiger hat sich die Entwicklung bei den Möbelfabriken gestaltet. Zahlten 1910/11 von 14 nur 7 eine Dividende, so waren es 1911/12 von 15 Betrieben 10. Auch die Höhe der Dividende hat sich verschoben. Seit dem Jahre 1907/08 weist sie eine fortgesetzte Steigerung auf. Betrug der Durchschnittssatz der Dividende bei allen dividendenzahlenden holzgewerblichen Unternehmungen in diesem Jahre nur 6,07 Prozent, so stieg er in den nachfolgenden Jahren auf 7,37, 7,88 und 8,44 Prozent bis zum Jahre 1911/12. Das sind freilich keine Gewinne wie sie z. B. die chemische Industrie verteilt oder wie sie Betriebe verteilen, deren Aktien an der Börse stark begehrt werden. In Berücksichtigung des Umstandes, daß die holzgewerblichen Aktien-Unternehmungen, soweit sie eine solide Grundlage haben, eine verhältnismäßig sichere Kapitalanlage sind, ist die Verzinsung immerhin eine recht gute. Die Steigerung des Dividenden-ertrages um 38 Prozent in einem Zeitraum von 4 Jahren, lehrt vor allem, daß die Forderungen der Arbeiter, sofern von solchen die Rede sein kann, in den letzten Jahren der Industrie recht wenig beschwerden gemacht haben.

Daß es auch Bau- und Möbelschreinerbetriebe gibt, die sich rentieren, zeigt die Gebrüder-Schöndorff-Akt.-Ges. in Düsseldorf, die im letzten Jahre eine Dividende von 10 Prozent verteilte. Die Schleifische Holzindustrie A.-G. vorm. Ruscheneß und Schmidt in Langensöls, meldet einen Rückgang der Aufträge, war aber trotzdem und bei einer Kapitalserhöhung in der Lage, eine Dividende von 9 Prozent zu zahlen. Die Bremer Möbelfabrik zahlte 8 Prozent, die Vogtländische Kunstmöbelindustrie A.-G. Erff-Seidel in Auerbach 7 Prozent Dividende. Die Billing und Joller A.-G. in Karlsruhe, deren Aktien sich zumeist in festen Händen befinden dürften, zahlte, wie das bei dem starken persönlichen Interesse zwischen Aktionären und Unternehmung wohl verständlich ist, eine geringere Dividende und zwar 5 Prozent. Die Parkettfabrik Langenargen zahlte 4½ Prozent. Die Süddeutsche Holzindustrie A.-G. in Goffertin, die größte Stuhlfabrik Deutschlands, deren Aktionäre lange auf Gewinn gewartet haben, konnte im letzten Jahre 3 Prozent Dividende verteilen. Die Küppersbusch-A.-G. in Gelsenkirchen, mit der eine

Ohne Agitation ist im öffentlichen Leben nichts zu erreichen.

Schlafmühen — nichts nützen, weder für sich allein, noch im Verein.

Möbelfabrik verbunden ist, zahlte an Dividende 18 Prozent.

In der Holzwaren- und Korbmöbelindustrie haben sich die Unternehmer eigentlich noch te über zu geringe Ertragnisse ihrer Betriebe beklagen können. Die E. A. Maier-H.-G. in Zeitz brachte ihren Aktionären eine Dividende von 14 Prozent. Die Aktionäre der Honrdeaug-Bergmann H.-G. in Pichtenfels gaben sich mit 6 Prozent zufrieden. Selbst die Heinsberger Behrnschalt für Korbflechterei, die die Ausbildung der Korbmacher und die infolge der niedrigen Löhne mögliche Niederkonkurrenzierung von Privatunternehmungen, mit Hilfe des Staates auf Aktien betreibt, schüttete 5 Prozent Dividende aus.

Unter den Aktien-Gesellschaften der Holzgewerlichen Holz- und Halbstoffindustrie steht bezüglich die Dividendenhöhe die Firma S. Brüning und Sohn in Langendiebach mit 12 Prozent an der Spitze. Ihr folgen: Wismarische Möbelwerke 11 Prozent; Otto Mausch-Görlitz 10 Prozent; Hansborg-Saderleben 10 Prozent; Oberschlesische Holzindustrie-Beuthen 9 Prozent; Holzbearbeitung Memel 9 Prozent; Christoph und Umnad-Neuhof 7 Prozent; Wikingische Industrie für Holz- und Baubedarf-Redlinghausen 7 Prozent; Berliner Holzkomptoir 7 Prozent; Holzindustrie Schütt-Gerst 4 Prozent; Sägewerk Sommerbach-Isny 3 Prozent.

Zu den rentabelsten Unternehmungen des Holzgewerbes zählen die Bürstenfabriken. Eine Ausnahme macht die Bürstenfabrik Schönau. Die Vereinigte Pinselfabriken in Nürnberg zahlen schon mehrere Jahre 15 Prozent Dividende, während die Persberger-H.-G. in München und die Kränzlein-H.-G. in Erlangen 11 Prozent verteilen. Die Striegauer Bürstenindustrie brachte ihren Aktionären trotz des schlechten Geschäftsganges noch 7 Prozent.

Von den sonstigen Unternehmungen, die die Statistik als zur Holzindustrie gehörig betrachtet, seien genannt die Stuhlrohfabrik Mend, Schütze und Co. in Bremen mit 6 1/2 Prozent Dividende, die Stuhlrohfabrik von Meyer in Harburg mit 6 Prozent; die Stuhlrohfabrik Rünter und Ube in Bergedorf mit 2 Prozent Dividende. Die Spielwarenfabrik von Carl Bed in Ohrdruf zahlte 6 Prozent, die Holzwerkzeugfabrik vorm. Ditto Mainzler in Os, 4 Prozent Dividende. Die Pfeiffersfabrik Faber in Nürnberg verteilte 15 Prozent.

Weil ertragsreicher wie die Betriebe, die zur eigentlichen Holzindustrie zählen, sind diejenigen Unternehmungen anderer Industriezweige und Abteilungen, die zahlreich oder fast ausschließlich Holzarbeiter beschäftigen. In erster Linie kommen da die Betriebe der Pianoforte- und Musikinstrumentenindustrie in Betracht. Den Rekord schlägt hier die Carl Lindström-H.-G. in Berlin, die sich vornehmlich mit der Herstellung automatischer Musikwerke (Grammophone usw.) beschäftigt. Sie verteilt eine Dividende von 20 Prozent. Ihr folgt die Pianofortefabrik von Zimmermann in Leipzig, die 18 Prozent Dividende verteilt. Selbst bei der Rundharmonikafabrik Hofner in Troppingen verdienen die Aktionäre an den kleinen dort fabrizierten Sachen 12 Prozent. Auf gleicher Stufe hält sich die Pianofabrik H.-G. Hupfeld in Leipzig. Die Oskar Köhler Piano-Mechanikfabrik in Berlin, wie auch die Rheinischen Pianofortefabriken vorm. Rand und Knauth in Koblenz verteilen 5 Prozent. Die Gebr. Knake H.-G. in Münster brachte es nur auf ein Dividendenergebnis

von 3 Prozent. — Sehr rentable Unternehmungen sind durchweg die Aktiengesellschaften in der Uhrenindustrie. Erinnerung sei da an die Firma Gebr. Junghaus in Schramberg, sowie an die Vereinigten Freiburger Uhrenfabriken, welche letztere im vorigen Jahre 9, in diesem Jahre 8 Prozent Dividende verteilten.

Die bedeutendsten Gewinne bringen den Aktionären zweifelsohne die modernen Großunternehmungen der Stellmacherei, die Waggon- und Automobilfabriken. Im Waggonbau stand im letzten Jahre obenan mit 20 Prozent Dividende die Augsburg-Nürnberg Maschinenfabrik. Es folgen: Busch-Hausen 19 Prozent; Einke-Hoffmann-Breslau 17 Prozent; Drenstein und Koppel und Bochumer Verein 14 Prozent; Düsseldorf Waggonfabrik 13 Prozent; Gothaer Waggonfabrik 12 Prozent; Waggonfabrik Wismar 11 Prozent; Union-Dortmund 10 Prozent; Fuchs-Heibelberg, Herbrand-Köln, Görlitzer Waggonfabrik 9 Prozent; Hannoverische Waggonfabrik 8 Prozent; Harfort-Duisburg und Herdinger Waggonfabrik 7 Prozent.

Durchweg noch günstiger wie die Waggonfabriken schnitten die Automobilfabriken ab. Die Adlerwerke-Frankfurt schüttelten 30 Prozent Dividende aus; Dürtopp-Vielefeld 28 Prozent; Wandererwerke-

Mit ganzer Seele!

Die Krone steht zuerst — zuletzt
Im Himmel und auf Erden:
Wer ganz die Seele drein gesetzt,
Dem soll die Krone werden.
Dum muß drein und nimmer bleich!
Denn Gott ist allenthalben!
Die Freiheit und das Himmelreich
Gewinnen keine Halben.

Erst Moritz Knudt.

Chemnitz 27 Prozent; Stöwer-Stettin 13 Prozent; Benz und Co.-Mannheim, Daimler-Stuttgart und Nord-Zwickau 12 Prozent; die Redarsulmer Fahrzeugwerke 7 Prozent; die Eisenacher Fahrzeugwerke 6 Prozent. Für die Ertragsfähigkeit dieser Unternehmungen spricht besonders, daß sie trotz der starken in- und ausländischen Konkurrenz, die angeführten Dividenden verteilen konnten. Auch bei den Waggonfabriken ist die Dividendenhöhe eine sehr hohe, wenn man berücksichtigt, daß die Verwaltungen der Waggonfabriken immerfort Klageklagen über die gedrückten Preise, die ihnen seitens der Eisenbahnverwaltungen gewährt werden. Ueber die Rentabilität der Maschinenfabriken zu berichten, in denen auch sehr viele Holzarbeiter beschäftigt sind, hieße Wasser in den Rhein tragen.

Aus allem aber ergibt sich, daß auch die Holzindustrie noch zu jenen Gewerben gehört, die Lohn-erhöhungen der Arbeiter und sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen recht gut ertragen können. Abgesehen davon, daß der Gewinn der Unternehmungen das recht wohl erlaubt, versprechen es die Werke auch meisthaft, fast jede Lohnerhöhung, die sie den Arbeitern gewähren, zu einer Preiserhöhung für ihre Produkte zu begründen. Erhält die Arbeiterschaft eine 3-prozentige Lohnerhöhung, so wird diese in der Regel dazu benutzt, die Preise des fertigen Produkts ebenfalls um 5 Prozent zu erhöhen. Der Gewinn

der Unternehmungen steigt so in höherem Maße, als der Lohn des Arbeiters. Bald ist eine Vereinigung der Möbelfabrikanten, die Preisausschläge beschließt, bald ist der Hobelholzverband, bald die Klebkleinstenindustrie, dann die Korbfabrikanten, die Bürstenindustrie, die Pianofortefabriken usw. Überall kein Gedanke, daß die Werke die Lohnerhöhungen der Arbeiter, von ihrem Profit zu tragen gewillt sind.

Der Holzarbeiter wäre ein Tor, der sich durch das Gejammer von der sinkenden Ertragsfähigkeit der Betriebe, davon abbringen ließe, mit aller Macht seine Organisation zu stärken, die allein in der Lage ist, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die den kulturellen Verhältnissen unserer Zeit entsprechen.

Die Preissteigerung der Lebensbedürfnisse.

Daß eine fast ständige Preissteigerung der zum Leben notwendigen Bedürfnisse vor sich geht, ist eine unbestrittene Tatsache. Das empfinden nicht nur wir in Deutschland. Alle Kulturenationen werden davon betroffen, die einen mehr, die anderen weniger.

Genaueres und zuverlässiges Material über jene Vorgänge zu erhalten, hält außerordentlich schwer, wenn dieses Material der Ermittlung der Verbesserung oder Verschlechterung der Lebenshaltung der Bevölkerung dienen soll. Nicht nur die Preise sind da zu berücksichtigen, sondern auch die Lebensgewohnheiten des Volkes. Wenn z. B. in Italien das Fleisch billiger wird, darf man nicht daraus schließen, daß sich nun die Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung verbessert hat. In ihrem Heimatlande sind die Italiener weniger Fleischesser, und spielt der Fleischkonsum daher auch nicht die Rolle, wie bei uns. Aber nicht nur die verschiedenen Länder weisen wesentliche Unterschiede in der Ernährung der Bevölkerung auf. Ganz bedeutende Unterschiede finden wir schon in unserem Vaterlande. Eine Preissteigerung für Kartoffeln wird z. B. den Norddeutschen empfindlicher treffen, wie den Süddeutschen. Erhebliche Schwierigkeiten bei der Preisermessung bilden auch die Qualitätsunterschiede der einzelnen Waren. Solange nicht allenthalben bei der Feststellung der Preise gleiche Grundzüge für die Qualitätsbewertung der Waren gelten, wird ein vollkommener Vergleich zwischen der Lebenshaltung der Bevölkerung von hier und dort unmöglich sein. Wenn mit statistischem Material über die Lebenshaltung aufgewartet wird, bleibt das Gesagte immer zu berücksichtigen.

Zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse dienen außer den eigentlichen Lebensmitteln die Bekleidung, Heizung und Beleuchtung. Daß die Wohnungspreise in den letzten Jahren außerordentlich stark gestiegen sind, unterliegt kaum einem Zweifel. Die gewaltige Bevölkerungsvermehrung der Großstädte war wohl der erste Anlaß dazu. Wie gewaltig die Mietpreise in die Höhe gegangen sind, das werden vor allem die verheirateten Kollegen in den Großstädten des Ruhrreviers erfahren haben. Heute sind wir bereits soweit, daß jeder Hausbesitzer auf dem industriell durchsetzten Lande sich bei der Miete nach den Preisen der nächsten besten Großstadt richtet, unbekümmert darum, ob seine Wohnungen nun auch so eingerichtet sind, wie die in der Stadt. In der Großstadt selbst aber fällt es dem Mietsbemittelten immer schwerer, eine passende Wohnung zu finden. An Kleinwohnungen herrscht hier fast überall Mangel.

Was die Bekleidung anbelangt, so ist die Preissteigerung bei den handwerklichen Erzeugnissen unverkennbar. Von der Ladenware kann man das in allgemeinen nicht sagen. Daß aber die Qualität eine bessere geworden ist, wird niemand behaupten wollen. Weil die Sachen bedeutend

Karthago.

An der Ostküste des tunesischen Meeresbusens handelt es sich um die alte, sagenumwobene Feste Karthago. Zeits schon durch ihre natürliche Lage geschützt, war die Feste noch mit dreifachen Mauern umschlossen, jedoch sie Jahrhunderte hindurch allen feindlichen Anschlägen aus Eroberungsverjungen trotzte. So bildete sich die Sage, Karthago sei über Nacht von höheren Mächten an jene Stelle versetzt worden, und könne sich nicht an dem Ort zerstören und wohlaußerzückten Heere nicht bezwungen werden. Selbst die Römer, die die halbe Welt unter ihr Joch zwangen, hielten die Feste der Karthager für unbesiegt. — Nur einer von ihnen, der angehende Senatsherr Cato war anderer Meinung. Unablässig bekämpfte er die die Unbesiegtkeit der Feste der Karthager. Man berichtigte von ihm, daß er sich regelmäßig am Schluß der Senatssitzungen zu einer Anrede erhebe, die immer mit den Worten schloß: „Nichts ist uns in der Meinung, Karthago zu besiegen.“ Und der Erfolg dieses beharrlichen Kampfes gegen ein allgegenwärtiges Vorurteil? — Karthago fiel! Nach verzweifelter Gegenwehr unterlag es dem Angriff der Römer.

Auch wir Holzarbeiter haben eine Feste niederzulockern, die Feste „Indifferentismus“. Weil trotz vieler Versuche ihre völlige Niederlegung noch nicht gelungen, hat sich nun leider bei vielen Kollegen Ideen die Meinung festgesetzt: „Es nützt doch nichts; der Indifferentismus ist ein Siebentier, an dem alle Belohnungen wirkungslos abprallen, eine Feste, die mit ihren zahllosen Mauern und Wällen und Türmen jedem Angriff trotzt.“ — Und doch ist sie grundverloren, diese Meinung. Sie das alte Karthago, so ist auch der Indifferentismus nur solange unbesiegt, wie seine Gegner noch an die Möglichkeit seiner Unbesiegtbarkeit glauben.

Dreißig mit großen Paraden, mit öffentlichen Zeremonien in dem Indifferentismus nicht

beizukommen. Der wirksamste Weg, die dem Aufstieg unseres Standes hinderliche Feste völlig zu schleifen, ist die planmäßige, unermüdbare Kleinarbeit jedes einzelnen Kollegen. Jeder einzelne Stein, den wir aus den Mauern der Feste brechen, d. h. jeder einzelne Mann, den wir dem Indifferentismus entreißen und in unsere Reihen eingliedern, schwächt den Gegner und verstärkt unsere Position. Nicht umsonst erhält also in unserem Organ und in anderen Versammlungen immer wieder der Ruf: Die Kleinsagitation muß in verstärktem Maße betrieben, die Hausagitation muß mit Ausdauer durchgeführt und fortgesetzt werden!

Gewiß, es gibt Kollegen — und leider nur zu viele — die in diesem Rufe zur Kleinarbeit, zur Hausagitation, nur eine unruhige Belästigung ihrer Persönlichkeit sehen. So nur das Wort Hausagitation fällt, da fühlen sie sich unbehaglich. Leider! Doch ist immerhin ein Teil der Kollegen dem Rufe gefolgt. Ja, allmählich beginnen sogar die Kollegen, die der Kleinarbeit hals in weitem Bogen aus dem Wege gehen, sich für die Erfolge der Hausagitation zu interessieren. Ein altes Vorurteil beginnt zu schwinden — und das ist gut so.

Mit keinem Verständnis für die innere Vorbildung wählte man zur Bezeichnung der Verberätigkeit das Fremdwort agitieren, weil darin der ursprüngliche Sinn der lateinischen Stammform agere = handeln anklingt. Wirkliches „Agitieren“ schlägt sich nicht mit einer vielleicht glänzenden Rede eines Agitators. Wenn seine Worte nicht von innen heraus belebt werden durch eine starke Ueberzeugungskraft, wenn nicht eine die Organisationsideen gleichsam verförpernde Persönlichkeit dahintersteht, kann was die Rede eine Augenblicksbegeisterung erzielen, aber die hingeworfenen Gedanken wurzeln nicht in den Herzen der Zuhörererschaft und treiben nicht den Entschluß zur Tat, ohne Fegern der Organisation beizutreten und in ihr mitzuarbeiten.

Die stille Agitationsarbeit eines Gewerkschaftlers, der die Worte nicht schon zu stellen weiß, vermag da-

her oft mehr zur Stärkung der Reihen des Verbandes beizutragen, als die eines geschulten Redners. Sollte nicht ein Gewerkschaftler, dem es ernst um seine Sache ist, mit eindringlichen Vorstellungen den Kollegen überzeugen können von der Notwendigkeit einer geselligen wirtschaftlichen Wehrkraft zum Kampfe gegen jede Benachteiligung und einer Wehrkraft zur Hebung des Standes? Bei einem überzeugten Gewerkschaftler wird auch das Agitieren zu einem wirklichen Handeln. Er scheut nicht zurück, den Kollegen wieder und wieder aufzusuchen und ihm immer aufs Neue die Vorteile des Verbandes ins rechte Licht zu rücken. Er ist innerlich mit einer solchen Werberkraft erfüllt, daß er sich von dem widerstrebenden Kollegen nicht mit ein paar Schlagern entwaffnen läßt, er ist mit den Statuten und Zielen seiner Organisation so vertraut, daß er in keiner Weise aus dem Sattel gehoben werden kann. Ein erfolgreiches Agitieren fordert Ausdauer; gerade der Hausagitator, dessen stilles Handeln nie an die Öffentlichkeit bringt, kann in der Richtung mehr leisten, als der beste Versammlungsredner, der kommt und geht. Die Bearbeitung und Schulung der äußerlich gewonnenen Kollegen erfordert eine unermüdbare, geduldige und opferwillige Kleinarbeit. Drum Ehre den Handelnden, den im Stillen schaffenden Agitatoren in Haus und Werkstatt! Die innere Stärke der Organisation, die unüberwindliche Macht ihres Wirkens ist nicht zum geringsten Teile diesem „Agitieren“, diesem „Handeln“ zuzuschreiben!

Der Indifferentismus muß fallen! Dieser Ruf darf in unseren Reihen nicht mehr verklingen. Zumal jetzt in diesen Wochen, die sich ertragsgemäß ganz besonders zur Kleinarbeit und Hausagitation eignen, stelle sich jeder Kollege in den Dienst der Werberarbeit. Und mögen selbst einzelne Forts der feindlichen Feste unbesiegtbar scheinen, sie sind es nicht! Karthago fiel — und auch die Feste Indifferentismus wird fallen, wenn jeder von uns seine Pflicht tut. P. St.

Eine Schlüsselkarte ausgesprochene Bitte ist schon halb verweigert; ein entschlossener vorgelegener Wunsch ist halb gewährt.

schneller verschleihen, ist der Endeffekt für den Arbeiterhaushalt auch bei den Kleidungsstücken eine höhere Belastung.

Eine Preissteigerung ergibt sich auch bei den Heizungs- und Beleuchtungsstoffen. Noch am 1. April d. J. hat das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat den Tonnenpreis für fast alle Kohlenarten um 75 Pfg. erhöht. Der Tonnenpreis für Kohle im Großhandel betrug in Dortmund für Stückkohlen ab Werk im Jahre 1906 11,8 Mt.; im Jahre 1912 18,50 Mt. Eine ähnliche Steigerung ergibt sich auch für andere Kohlenarten und andere Haupthandelsplätze. Im Kleinhandel kommt ein solcher Preisaufschlag naturgemäß in fast noch stärkerem Maße zum Ausdruck. Amerikanisches Petroleum kostete im Großhandel im Jahre 1904 in Stettin 20,8 Mt., im Jahre 1912 stand der Preis auf 27,5 Mt.

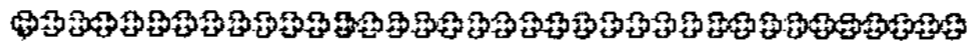
Nun erst die Nahrungsmittel! Nach einer amtlichen englischen Statistik sind die Nahrungsmittelpreise, wenn man den Stand im Jahre 1900 mit 100 nimmt, bis zum Jahre 1912 gestiegen, in England auf 115, in Deutschland auf 130. Eine Preissteigerung ist in allen Ländern vor sich gegangen, am meisten aber in Deutschland, Belgien, Australien, Ungarn, Japan und Nordamerika. In all den letztgenannten Ländern ist die Steigerung noch erheblicher wie in Deutschland. Günstiger wie Deutschland stehen England, Frankreich, Norwegen, Italien, Rußland und Holland da. Die Beweismittel auf die sich die englische Statistik stützt, sind uns nicht bekannt. — Calver, der bekannte sozialdemokratische Volkswirtschaftler, hat zur Beobachtung des Nahrungsmittelaufwandes, eine sog. Indexziffer aufgestellt. Der Berechnung legt Calver den Aufwand für die Ernährung eines deutschen Marinesoldaten zugrunde. Bei derselben Ernährungsweise mußte eine vierköpfige Familie (Vater, Mutter und zwei Kinder) im Rheinland im Jahre 1896 für die benötigten Lebensmittel 20,40 Mt. pro Woche ausgeben. Im August d. J. aber mußten für denselben Nahrungsmittelbedarf 26,74 Mt. aufgewandt werden. Ähnlich liegen die Dinge in Westfalen. In den nachbenannten Städten vollzog sich in dem bereits angeführten Zeitraum folgende Steigerung: Aachen von 21,60 Mt. auf 26,25 Mt.; Barmen 20,64 Mt. auf 25,71 Mt.; Köln 20,76 Mt. auf 28,65 Mt.; Grefeld 18,57 Mt. auf 26,52 Mt.; Düsseldorf 21,45 Mt. auf 27,06 Mt.; Solingen 19,11 Mt. auf 25,86 Mt.; Trier 22,47 Mt. auf 26,61 Mt.; Dortmund 18,24 Mt. auf 24,84 Mt.; Sörde 18,90 Mt. auf 26,43 Mt.; Paderborn 18,03 Mt. auf 24,69 Mt. Die annähernde Richtigkeit dieser Berechnung vorausgesetzt, ist es natürlich eine blanke Unmöglichkeit, daß sich eine vierköpfige Familie den Nahrungsmittelaufwand leisten kann, wie er der Ernährung eines Marinesoldaten zugrunde gelegt wird. Der Durchschnittswochenlohn eines Schreiners in Köln beträgt laut Tarif für eine volle Arbeitswoche von 53 Stunden 32,86 Mt. Nehmen wir an, daß davon eine vierköpfige Familie nach Maßgabe der Calver'schen Berechnung ernährt werden soll, so bleiben für Miete, Kleidung, Heizung, Beleuchtung, Beiträge zur sozialen Versicherung, Schulausgaben für Kinder, Bildungs- und Organisationsbestrebungen noch ganze 4,23 Mt. die Woche übrig. Dafür wohnt man in Köln noch nicht einmal, geschweige denn, daß noch die sonstigen Ausgaben bestritten werden können. So bleibt für die Arbeiterfamilie kein anderer Ausweg, als weniger für den Nahrungsmittelaufwand auszugeben, als im Interesse der Gesundheit und Kräfteerhaltung der Familienangehörigen notwendig ist.

Das zuverlässigste Bild über die Preissteigerung der wichtigsten Nahrungsmittel im Kleinhandel läßt sich ohne Zweifel aus den Mitteilungen der Städte gewinnen. Ganz vollkommen ist diese Berichterstattung indes auch nicht, da ihre Methoden nicht immer gleich bleiben. S. B. stellt die Stadt Köln in ihren Erhebungen früher den höchsten, niedrigsten und mittleren Preis fest; in den neueren Mitteilungen wird lediglich der häufigste Preis registriert. Halten wir uns trotzdem an die Kölner Ergebnisse. Im Juni 1907 schwankte der Preis für das kg Rindfleisch vom Bauch zwischen 1,40 Mt. und 1,59 Mt.; im Juni 1913 war der häufigste Preis 1,80 Mt. Rindfleisch von der Keule stieg in gleichem Zeitraum im Preise von 1,62 bis 1,78 Mt. auf 2,00 Mt. Alles natürlich einschließlich Knochen. Der Preis für gefalzten Speck erhöhte sich von 1,52 bis 1,63 Mt. auf 2,00 Mt. Der Butterpreis erhöhte sich von 2,40 bis 2,50 Mt. auf 2,60 Mt. Der Preis des Weizenmehles stieg von 30 bis 35 Pfg. auf 40 Pfg. Seit Beginn von 1909 notiert die Stadt Köln die häufigsten Preise. Von da ab ist der Vergleich um so besser möglich. Von Juni 1909 bis Juni 1913 stieg der Preis pro kg Pferdefleisch von 0,88 auf 1 Mt.; Rindmierenfett von 0,97 auf 1,20 Mt.; Schweinefleisch von 1,67 auf 2,00 Mt.; inländisches Schweinefleisch von 1,73 auf 2,00 Mt.; gelbe Erbsen von 35 auf 40 Pfg.; weiße Speisebohnen von 35 auf 40 Pfg.; Linsen von 48 auf 50 Pfg. usw. Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß zwischen den genannten Zeiten Perioden der Teuerung liegen, wo insbesondere die Fleischpreise noch bedeutend höher standen.

Bei den Warenpreissteigerungen ist es weiter nicht verwunderlich, wenn bestimmte, weniger benötigte Nahrungsmittel im Haushalt verdrängt werden. So ist jedenfalls nicht in letzter Linie verursacht durch die gewaltige Preissteigerung, der Kaffeeverbrauch pro Kopf der deutschen Bevölkerung von 3,00 kg. im Jahresdurchschnitt 1900/05 auf 2,53 kg. im Jahre 1912 gesunken. Der Bierkonsum, der pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1900 118 l betrug, ging bis zum Jahre 1911 zurück auf 106 l; der Branntweinverbrauch von 6,5 l im Jahre 1908/09 auf 5,3 l im Jahre 1911/12. Selbst der Verbrauch an Serranos, eines doch gewiß wertvollen Nahrungsmittels der ärmeren Bevölkerung, ging zurück von 3,74 kg im Jahresdurchschnitt 1881/95 auf

2,71 kg im Jahre 1912. Minderer gutes Fang und erhöhte Preise werden dafür die Ursache sein.

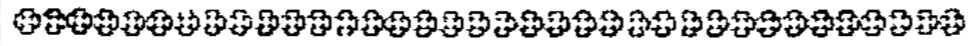
Daß die gesteigerten Löhne angesichts der Preiserhöhungen der wichtigsten Lebensbedürfnisse nicht den gewünschten Erfolg zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft gehabt haben, leuchtet ohne weiteres ein. Wohin wir aber bei all den Preissteigerungen gelangen wären, ohne die durch die Gewerkschaften verursachten Lohnerhöhungen, das mag sich ein jeder selbst ausmalen. Die eine Lehre aber müssen wir aus all den Vorgängen ziehen: Förderung der genossenschaftlichen Selbsthilfe auf dem Gebiete der Beschaffung der Lebensbedürfnisse und vor allem verstärkte gewerkschaftliche Arbeit, damit die einzige Einkommensquelle der Lohnarbeiter, das Arbeitsverhältnis, auch wirklich wird zu einer Quelle des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts.



Bei deinem Tun gedenk' des Sprüchleins ständlich:
Eins nach dem andern, aber gründlich.



Willst das Große du erreichen,
Fange mit dem Kleinen an;
Deine Tadel werden schweigen,
Ist das Kleine groß getan.



Kölner Krankenkassenwahlen.

Als jüngst in Köln die Ausschussswahlen zur größten Ortskrankenkasse, der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köln stattfanden, erfuhr man, daß auf der Ortskrankenkasse für die in stehenden Gewerbebetrieben beschäftigten Personen ein Stempel abhanden gekommen war. Trotz des eifrigen Suchens der Kassenangestellten war der Stempel unauffindbar. Es wäre gewiß das Verschwinden dieses Stempels nicht aufgefallen, wenn nicht eben derselbe Stempel zur Beglaubigung der Wahllegitimationen gedient hätte. Wo der Stempel hingekommen war, wußte kein Mensch. Das war insbesondere peinlich für den sozialdemokratischen Kassenvorstand und einen anderen sozialdemokratischen Kassenfunktionär, die sich beide, bevor der Stempel vermischt wurde, im Kassenlokal aufgehalten hatten. Alle im Kassenlokal tätigen Angestellten, wie auch die beiden erwähnten Personen wußten ihre Hände in Unschuld. Was heute ist auch das Verschwinden des Stempels noch nicht aufgeklärt. Der Vorgang hatte aber insofern etwas gutes für sich, als die christlichen Arbeiter mißtrauisch wurden und für die Kölner Verhältnisse recht stramm wählten. Das war ohne Zweifel das Beste, was sie tun konnten. Vorstand und Ausschuss der neuen Kasse sehen sich nach dem Wahlausfall aus ziemlich gleich starken Gruppen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter zusammen.

Inzwischen fand die Wahl des Ausschusses zur Ortskrankenkasse Köln-Land statt. Hierbei mußten die „Genossen“ die für sie gerade nicht sehr angenehme Erfahrung machen, daß in allen Bezirken, die als rote Domänen galten, die christlichen Arbeiter mehr Stimmen aufbrachten wie sie. Anders war das Resultat in einigen noch „gut christlichen Bezirken“, wo man deshalb christliche Gewerkschaftler auch kaum antrifft. Unter den sozial und gewerkschaftlich wenig aufgeklärten Arbeitern erhielten die „Genossen“ mehr Stimmen. An der Tatsache, daß die Mehrheit der Arbeitervertreter in der Kasse Köln-Land auf christlicher Seite war, konnten diese roten Teilerfolge jedoch nichts ändern.

Das hat den „Genossen“ Göbdecke, der als Mitglied der Schneiderzunft von der sozialdemokratischen Mehrheit in der Kölner Ortskrankenkasse für Handwerker den Auftrag erhielt, die Geschicke dieser Kasse als Vorsitzender zu leiten, ganz außer Fassung gebracht. Im Geiste sah er schon + + + „Christen“ an den Grundfesten seines Vorsitzendenspostens und der roten Kassenherrschaft rütteln. Wie aber sollte er den Aufsturm der „Christen“ auf die Kasse abwehren? Der Lausend auch, daß die Aufsichtsbehörde nicht mehr zugeben wollte, daß die Ausschusshwahl wie ehedem im roten Bankrott — ach Volkshaus heißt der Kasten, dulden wollte. Da wagte sich so leicht kein „Christ“ hinein, der nicht freventlich damit rechnete, hier elendiglich verdroschen zu werden. „Genosse“ Göbdecke hatte auf einmal herausgefunden, daß die Kasse sicherer roter Besitzstand bleiben müsse, wenn bei der Ausübung der Wahllegitimation ganz korrekt vorgegangen werde. Daran hielt er sich. — Als bald stellten sich die Vertrauensleute der christlichen Gewerkschaften im Kassenlokal mit Listen ein, auf denen wahlberechtigte Personen verzeichnet waren, die eine Wahllegitimation verlangten. Wohl über 1000 Namen wurden auf diese Weise bei der Kasse eingereicht. Um sich die Arbeit nicht gar zu schwer zu machen, hatten unsere Vertrauensleute in den einzelnen Betrieben entweder die Namen der Wahlberechtigten selbst auf die Listen geschrieben, oder auf dem Büro um Ausfüllung der Listen gebeten. Den Beschäftigten wurde dann mitgeteilt, daß sie sich selbst um eine Legitimation nicht

zu bemühen brauchten, das werde durch die Vertrauensleute besorgt werden. Doch hatten sie diese Rechnung ohne den „Genossen“ Göbdecke gemacht. Vergeblich warteten unsere Vertrauensleute auf die Ausfüllung der Legitimationen. Man verprügelte sie sie immer auf einen späteren Tag. Damit sie aber auch die richtigen Legitimationen für die von ihnen benannten Leute wiederbekamen, erhielten sie an der Kasse einen Ausweis, auf dem sich in auffälliger Weise ein großes G. präsentierte. Der Sinn dieses Buchstabens entzifferten manche mit „Christlich“. Zwei Tage vor der Wahl erhielten nun alle Vertrauensleute mit den G.-Ausweiskarten von Herrn Göbdecke persönlich die Botenschaft, daß ihnen die Wahllegitimationen nicht ausgehändigt werden könnten. Im Wahlreglement heiße es, daß jeder Wahlberechtigte sich persönlich eine Legitimation zu beschaffen habe oder einen Dritten persönlich beauftragen müsse, für ihn die Legitimation zu besorgen. Die Listen aber seien vielfach von einer Hand geschrieben oder ließen nicht erkennen, daß eine persönliche Beauftragung vorliege. Legitimationen gab's also für die G.-Leute nicht. Herr Göbdecke fügte seinen Ausführungen selbstverständlich noch hinzu, daß er bei den Listen der sozialdemokratischen Gewerkschaften in gleicher Weise verfare. So warteten denn die christlichen Krankenkassenwähler auf eine Legitimation und -- bekamen keine. Eine Darstellung des Sachverhalts und eine Aufforderung in der Presse an die Wahlberechtigten, nun sich selbst die Legitimation an der Kasse abzuholen, kamen reichlich spät. Wohl die meisten der stimmberechtigten christlichen Arbeiter fanden gar nicht mehr die Zeit dazu.

In dieser verwirrten Situation mußten unsere Kollegen die Erfahrung machen, daß die „Genossen“ bereits über zahlreiche Legitimationen verfügten, dabei auch Legitimationen im Besitz hatten für christliche Wähler, die ihnen zur Beschaffung der Legitimation keinen Auftrag gegeben hatten. Wahrscheinlich hat man geglaubt, daß es sich um Unorganisierte handle, die für die rote Liste stimmen würden. Demnach scheint die Kontrolle über die persönliche Beauftragung zur Beschaffung der Legitimation nicht immer funktioniert zu haben. Verschiedentlich wurden christliche Arbeiter an der Kasse persönlich vorstellig, um sich eine Legitimation zu holen. Man versuchte sie abzuweisen damit, daß man ihnen erklärte, es sei auf ihren Namen schon eine Legitimation ausgestellt. Natürlich war zur Empfangnahme der Legitimation niemand anders beauftragt worden als der Vertrauensmann mit der Marke „G.“. Diesem aber wurde die Auslieferung der Legitimation verweigert. Erst auf das energischste Drängen der Kollegen bekamen diese persönlich ein Legitimationsabdruck.

Bei einem Arbeitgeber hatten sich 35 christliche Arbeiter gemeldet, daß ihnen die Firma die Legitimation beschaße. Diese gab die Liste weiter an das Kartell der christlichen Gewerkschaften. Als die Firma durch die Zeitung von den Schwierigkeiten erfuhr, die bei der Ausfertigung der Legitimation den christlichen Arbeitern gemacht wurde, ging ein Angestellter zur Kasse, um dort die Legitimation abzuholen. „Aber was wollen Sie denn“, wurde ihm hier gesagt, „die Legitimationen sind von der christlichen Gewerkschaft längst abgeholt worden“. Der Mann läuft zum Gewerkschaftshaus. „Wir haben keine Legitimationen für Ihre Arbeiter, die sind uns von der Kasse verweigert worden“, wird hier gesagt. Telephonisch wird sofort bei der Kasse angefragt, wie die Sache liegt. „Das muß ein Irrtum sein“, lautet die Antwort von der Kasse, „wir haben den Herrn nicht zu ihnen geschickt. Die Legitimationen können hier auf der Kasse abgeholt werden“. Flugs läuft der Angestellte wieder zur Kasse. Kaum ist er aus dem Gewerkschaftshaus heraus, klingelt die Kasse an: „Verzeihen Sie, die Legitimationen für die Arbeiter der Firma X. sind doch noch nicht ausgestellt. Sagen Sie dem Herrn, er möge die Namen der Arbeiter noch einmal aufschreiben“. Inzwischen hatten die Arbeiter Feierabend gemacht; die Kasse ebenfalls und 35 christliche Arbeiter waren um ihr Wahlrecht gekommen.

Bei solchen Praktiken konnte natürlich ein „voller Sieg“ der „Genossen“ nicht ausbleiben. Da zur Kasse die in der überwiegenden Mehrheit rot organisierten Banarbeiter gehören, bot die Wahl für die christlichen Arbeiter von vornherein sehr schlechte Aussichten. Dazu dann noch das Manöver mit den Legitimationen. Rund 1600 Ausweise wurden unsererseits verlangt, kaum 200 erhielten wir mit Ach und Krach zurück. Wenn dennoch 793 christliche Stimmen neben 2196 roten abgegeben wurden, dann ist das der beste Beweis dafür, daß die „Genossen“ zahlreiche Legitimationen für Leute beschafft haben, ohne dazu beauftragt worden zu sein. Jedenfalls hat man, wie schon gesagt, angenommen, daß sie unorganisiert seien und nicht wählen würden.

Die Wahl selbst war gegen Schluß des reinen Gänneschen-Theater. Allgemein war das Wort von der „Legitimationsfabrik“ im roten Wahllokal. Unsern Kollegen war die Sache zügellos herbeizulächeln, daß sie verschiedenen „Genossen“ zu redeten, sie möchten, da sie in einer halben Stunde bereits zwei mal gewählt hätten, dieses nun auch noch zum dritten mal versuchen. — Jedenfalls

Woran erkennt man aber deinen Ernst, — Wenn auf das Wort die Tat nicht folgt?

hat die Sache aber auch ihre ernste Seite. Bedauerlich ist deshalb sehr, daß den „Genossen“ nicht besser auf die Finger geklopft wurde. Wenn die bürgerliche Presse Götts bei sozialen Wahlen eine ebenso entschiedene Sprache führte als bei politischen Wahlen, dann wäre schon viel gewonnen.

So also werden in Köln, im „heiligen Köln“ soziale Wahlen gemacht. Wie mag es nun erst an Orten zugehen, wo die Sozialdemokratie noch eine glücklichere Position hat wie hier? Mögen unsere Kollegen allenthalben auf der Hut sein und allen Maßnahmen der „Genossen“ mit dem schärfsten Mißtrauen begegnen. Es trifft bei den Praktikern der „Genossen“ völlig zu, was der vertraute Wilkin in Nachen über die soziald. Agitation schrieb: „Wir müssen nicht sein, wie die Nacht.“ —cm.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstermin dieser Nummer der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. Oktober bis 1. November fällig ist.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 71 118, Peter Hüßen; Nr. 85092, Josef Biermann. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Arbeitslosenstatistik. An die rechtzeitige Einreichung der Arbeitslosenmeldungen wird erinnert.

Ein Flugblatt gegen die Gelben ist im Verlage des Generalsekretariats des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften erschienen. Wo mit den Gelben zu rechnen ist, soll der Bezug und die Verbreitung des Flugblattes durch die Ortsstelle geschehen, wo solche vorhanden sind. Einzelstehende Poststellen unseres Verbandes, die keinem Ortskartell angeschlossen sind, bestellen das Flugblatt bei der Verbands-Geschäftsstelle.

Änderung im Tarifvertrag für das Schreiner-Gewerbe. Der bisherige Tagelohn wird am 1. November um 20 Pfg. erhöht. Der Durchschnittslundenlohn der Schreiner erhöht sich von 37 Pfg. auf 39 Pfg. Auf die Akkordpreise erfolgt ein Aufschlag entsprechend der Lohnerhöhung.

Berichte aus den Zahlstellen.

Baun. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften sind der Ansicht ganz Sachien sei ihnen auf Gnade oder Ungnade überlassen. Jüngst irgendwo in einem Betrieb ein Mitglied unseres Verbandes an, so gibt es unter den Mitgliedern des roten Holzarbeiterverbandes ein Getöse und Getöse, als drehe sich alles nur darum, den „Christen“ wieder aus dem Betriebe hinaus zu bringen. So auch in Baun. Jüngst da der bei uns organisierte Kollege B. in der Waggonfabrik an zu arbeiten. Nicht bald tritt er in der Besoldung des roten Holzarbeiterverbandes heran mit der Aufforderung, überzutreten. „Die Christen erkennen wir hier nicht an. Wenn die hier erst mit einigen Mann drin sind, dann steigt es auch hier an zu rumoren.“ Der Genosse verfährt unter dem Vorwand jedenfalls den Austritt einer Anzahl Stenographen aus dem roten Verband, welche es schon lange mal wieder empfinden, daß sie da zu allem möglichen mißbraucht werden. Der Kollege B. legte es anfänglich ab, in den roten Verband einzutreten. Da man ihm aber keine Ruhe ließ und schließlich in Kolonnen von 6-7 Mann auf ihn einbrang, erklärte der Kollege, sein Buch bei dem Vorstand und er könne das Buch nicht erhalten. Das Buch war zur Quartalsabrechnung eingezogen. Man glaubte der Bevollmächtigte des roten Holzarbeiterverbandes, folgendes Schreiben, datiert vom 17. Oktober, an unsere Ortsverwaltung richten zu müssen:

Der Kollege B. ... geboren d. ... ist vorige Woche als Stenograph in hiesiger Waggonfabrik (Waggonfabrik d. B.) eingestellt worden. Nach seiner Organisationszugehörigkeit gefragt, gab derselbe an, den christlichen Holzarbeiterverband anzugehören. B. ... erklärt sich bereit (nach obiger Bearbeitung d. B.), zum Deutschen Holzarb.-Verband überzutreten, doch wird ihm angeblich sein Mitgliedsbuch vorenthalten. Im Gewerkschaftsrat (d. B.) des Kollegen B. soll ich verfahren, daß ihm jenseits des Buch zugesandt wird, weil B. selbst nicht mehr hingehen will. Ihm sagt doch das Buch nichts, da B. wenn ihm sein Buch vorenthalten wird, bei uns kein Mitglied wird. Darin jedoch immer geschicklich, indem man übertrifft alle Beiträge, welche bei Ihnen gesandt, bei uns eingereicht werden. (Welches Mühen! d. B.) Als seiner Zeit gekommen, hat er zu Ihnen überzutreten, ist doch diesen Kollegen keine Schwierigkeit gemacht worden. Die auch Kollege B. erklärte (ohne Grund? d. B.) will derselbe doch keine Beiträge mehr bei Ihnen zahlen und würde das Buch dann seine Mitgliedschaft verlieren. Können Sie nun erfragen, wenn B. das Buch zugesandt wird, mir zu übermitteln.

Hochachtungsvoll
Dr. Müller, Vorstandsmitglied 11.
Was die Zurechnung des Lebensmittels anbelangt, so haben wir diese schon geschrieben. In dem Schreiben wird von den Lebensmitteln der Kollegen Hofmann und Hartwig gesprochen. In der Besoldung unserer Ortsgruppe am 20. d. M. erklärte der Kollege Hofmann, er sei vollständig freiwillig zu uns übergetreten. Er sei noch gewisser, einmal von dem roten Bund, wie er in der Waggonfabrik heißt, nicht zu werden. In der Waggonfabrik haben ihn eine ganze Anzahl Kollegen erkannt, so auch, wenn ihnen das nur eben möglich wäre, erst den roten Bund überlassen. Kollege Schöppel, der zur Besoldung in Baun war, ging zu dem roten Vorsteher, um ihn wegen der Bekämpfung des Kollegen B. zur Rede zu setzen. Dieser er-

klärte auch hier, sie würden uns in der Waggonfabrik nicht anerkennen. Er ließ dann den Vorstehenden des Arbeiterausschusses Tricot kommen und meinte auch dieser, daß in der Fabrik für Christliche kein Platz sei, sonst finge es wieder an „zu rumoren“. Kollege Schöppel erklärte den beiden Genossen, daß er auf derartige Ansichten nichts gebe. Wir würden auch in der Waggonfabrik für unsere Kollegen Bewegungsfreiheit erkämpfen. Die beste Antwort auf die rote Gewalttat ist ohne Zweifel die Stärkung unserer Ortsgruppe. Auch in Sachsen muß den Holzgenossen gezeigt werden, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Hamn in Westfalen. „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Dieses Motto müssen wir vorausschicken, wenn wir uns mit unseren roten Freunden von hier beschäftigen. Etwas Maulheldentum kann man ja manchem „importierten“ und „wafschichten“ Genossen schon zusehen, denn Größtenwahns und Selbstüberhebung gegenüber andersgestimmter Arbeitskollegen und Organisationen legitimiert die Verbandszugehörigkeit dieser „Auchkollegen“ besser, wie das Mitgliedsbuch. Wir haben aber Veranlassung, einige Heldentaten der Genossen ins rechte Licht zu rücken, da anscheinend die Mitglieder-versammlungen der Genossen die Brutstätte von Lüge und Verbrechung uns gegenüber sind. Das ist daraus zu schließen, weil unsere Kollegen in jüngerer Zeit von roten Kampfbüchern häufig angereizt werden. Dabei wollen wir die Ausrufung des Genossen K. einem unserer Kollegen gegenüber: „Es hat die längste Zeit gedauert, dann wirst du zu den Toten zählen“, als Scherz hinhinnehmen, zumal ja von der verrückten bürgerlichen Gesellschaft das Totschlagere auch der Gegner bestraft wird. Dann wird aber folgende Mär verbreitet:

1. Unsere Ortsverwaltung sei an die Genossen zwecks einer gemeinsamen Sitzung herangetreten. Aus Mangel an Gründen für diese Sitzung hätten die Herren Genossen sie aber „abgelehnt“. — Schumm, schon wieder die Wahrheit krumm. Das Ding ist so: Vor langer Zeit wurde von uns der rote Vorstand zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen, um, wie angegeben wurde, darüber zu beraten, ob nicht etwas unternommen werden könne,

Der kennt den Ernst der Arbeit, der im Stillen
An schweren Werken seine Kräfte maß!
Der kennt der Arbeit Glück, der um der Arbeit willen
Den Lohn der Arbeit ganz vergaß.

unseren Tarifvertrag bei weiteren Firmen zur Anerkennung zu bringen. Das war doch wohl Grund? Abgelehnt ist die Sitzung nicht. Wohl kam Genosse Wagemann allein heran. Anfänglich sagte er: „Ich habe den Kumpels alle Bescheid gesagt.“

Nachdem wir aber eine halbe Stunde vergeblich gewartet hatten, fiel ihm ein, daß die Kollegen alle auf Montage waren. Dabei wissen wir uns gut zu erinnern, daß bei anderen Gelegenheiten der rote Vorstand in einer Woche mit zweierlei Leuten besetzt war. Wäre z. B. bei den Genossen am 15. Oktober Versammlung, am 16. käme unerwartet der Genosse Dume hier an, und hätten wir am 16. abends eine gemeinsame Vorstandssitzung. Dann wäre Dume ohne Zweifel beim „Vorstand“, ohne daß die Mitglieder das wüßten. Allerdings, hätte diese Sitzung stattgefunden, dann hätten unsere Kollegen dem roten Vorstehenden einen Vorwurf nicht ersparen können, da er sein Versprechen, das er in der letzten Sitzung gab, nicht gehalten hätte.

2. Eine weitere Mär: Die Genossen hätten bei uns eine wichtige Sitzung beantragt, und wir hätten keine Antwort gegeben. Uns ist aber von einem Schreiben oder einer mündlichen Einladung nichts bekannt.

Noch einige andere Kapitel von unseren roten „Freunden“: Einem unserer Kollegen bei der Firma Landmann fehlte die Schürze. Da nun ein anderer Kollege abwesend war, wollte er sich zur Aushilfe dessen Schürze vorbinden, wie das ja schon mal geschieht. Irrtümlicherweise hatte er aber die Schürze des Genossen Döhme erwischt. Dieser suchte nun unter Assistenz des Werkführers die Fude ab nach seinem Eigentum und fand sie dann bei dem Kollegen. Genosse Dohd benutzte schnell die Gelegenheit, unsere Bewegung anzuschwärzen, indem er dem Werkmeister sagte: „Das braucht nicht wundernehmen; das wird den Leuten ja in ihren Versammlungen gesagt, daß sie ihre Segner besitzeln sollen.“ Da hier zwischen Behauptung und Beweis eine empfindliche Lücke ist, können wir die „Bosche Behauptung“ nur als Fliegerei registrieren. Uebrigens, Genosse Dohd: wenn alle Geschäfte auf diesem Gebiete der gesamten Bewegung in die Schärpe gehoben werden sollen, dann lehre mit dem Beien vor der eigenen Tür. — Folgendes Agitationsmanöver entbehrt auch nicht des allgemeinen Interesses. Ein evangelischer Kollege hatte sich bei uns empfangen lassen. Einmal Abends bekommt er Besuch von einem Genossen, den er nicht kannte. Der sagt ihm dann: „Die kannst du dich bei den Christlichen aufnehmen lassen, da bist doch ewangelisch und dann aus Sachien, da ist doch alles rot!“ Die Herren Genossen als Beschützer ewangelischer Glaubenssätze gegenüber den christlichen Gewerkschaften! Das Ding ist gut. Im vorigen Jahre noch forderte das freie Gewerkschaftsrat in benachbarten Läden die „Kollegen“ auf, aus der Landesliste auszutreten.

Was die Zusammenkunft: Wir wissen ganz genau, daß sich hier in Hamn noch mancher Kollege befindet, der den Tarifgehalt noch nicht voll und ganz erlangt hat. Es bedarf da noch vieler gemeinsamer Arbeit. Den Genossen schenken wir auch nicht ab, wenn sie uns auf Mängel aufmerksam machen und eifrig an der Beseitigung derselben mitarbeiten wollen. Bei ihnen scheint aber das Bestreben zu überwiegen, uns ein auszuweichen, sich selbst aber als „vollkommen“ und unantastbar hinzustellen. Daß sie dazu keine Veranlassung haben, geht aus folgendem hervor, was wir zur Beherrigung empfangen: Im Jahre 1910 bei der ersten Versammlung, wo unsere Zahlstelle laun ins Leben getreten war, wurden uns einhellig in der ersten gemeinsamen Sitzung vom damaligen Vorstehenden der Genossen 72 Mitglieder des roten Verbandes vorgelegt. Die Namen aber lauteten nur bis 42. Aus diesem Grunde hatten die Bezirksleiter und Gemeinderäte die Reise nach hier einmal unternommen gemacht. In jener Zeit war man darüber so auf der Höhe, daß man das Verzeichnis mit in die gemeinsamen Sitzungen brachte, um mit dem Gemeinderat nach der Sitzung nachzugehen. Nach langem Reden „sah“ der Gemeinderat herab, daß der abgerichtete Kassierer früher 10 Mark zu seinem Gehalt in die Kasse hineingepulvert hatte. Gemeinderat sagte er das so laut, daß wir es hören konnten. Na, wenn wir es nicht gehört hätten, dann hätten wir es auch nicht geglaubt. Derselbe sagte schon das Gerücht aus, daß die Genossen „unlöslichen“ seien, „nur die Christlichen wollen nicht“. Die spätere

Entwicklung unserer Bewegung hat diese Behauptung süßen gestraft. Wir konnten auch der späteren Bemerkung Wagemanns, daß die Gewerkschaftsbeamten nicht voll ihre Pflicht getan hätten, nicht beipflichten. Bei der Tarifbewegung schrieb Genosse Schuster noch an unseren Vorstehenden, daß eine gemeinsame Sitzung stattfinden sollte, aber davon sollten „die Mitglieder nichts wissen“. Diesen Standpunkt konnte man erst begreifen, als er eines Abends sagte, wo eine gemeinsame Versammlung stattfinden sollte: „Ich komme heute abend nicht, wir haben da ganz verrückte Kerls drunter, nimmt du sie mal ordentlich vor.“ Gemeint war mit demjenigen, der sie ordentlich vornehmen sollte, unser Vorstehender. Damals war ja auch Naber noch eine rote Größe, dem man nicht radikal genug vorgehen konnte, der bei der letzten Gewerkschaftswahl auf dem sozialdemokratischen Kandidatenstern als „rückgratfester Mann“ sah. Derselbe gehörte diesen Sommer zu den Leuten, die den Tarifvertrag durchbrachen. — Nun die letzten Ereignisse. Wie bei den Verhandlungen wegen des Tarifabschlusses mit der Firma Schumann die Dinge auf einen Kampf schließen ließen, da redneten die Genossen schon vorher aus, wieviel „Christen“ stehen blieben. Bei ihnen war alles „lipp topp“. Resultat: Die drei ersten Streikbrecher waren rot. Noch mehr. Die ausschließlich rot organisierten Zimmerleute duldeten es, daß einer der Jünger in der Kolonie Streikarbeit machte, ohne daß vom roten Kartell etwas dagegen getan wurde. Als Herr Schumann den Vertrag anerkennen wollte, gingen Schuster und Kruse vom roten Verband allein hin, ohne uns zu verständigen, sorgten für ihre Leute, daß sie wieder im Betrieb kamen, was zur Folge hatte, daß unser Kollege Commer auf der Strecke blieb. Jedenfalls, weil er im Vordertreffen des Kampfes gestanden hatte. Schuster, der Vorsitzende der roten, hatte sich überhaupt um nichts gekümmert. Der jetzige Vorstehende sagte von ihm: „Unser Vorstehender ist ein fauler Kerl. Bald werde ich Vorstehender, dann wird es besser.“ So kamen wir zum dritten Vorstehenden der Genossen, zu Wagemann. Wagemann führt seinen Namen nicht umsonst. Der Sohn seiner Logiswirtin sagte einmal und zwar in unserem Lokal: „Bernhard kann gut lesen; der las gestern meiner Mutter einen Artikel aus dem General-Anzeiger vor, der gar nicht dreistand.“ Das will schon etwas heißen. Im eignen Interesse Wagemanns wollen wir seine Taten übergehen, die sich abspielten, als er versuchte, unseren Kollegen Commer aus der Schlichtungskommission herauszubringen. Schlimmere Sachen sind für ihn in der letzten Sitzung der Schlichtungskommission zulage getreten. Wir waren der Meinung, daß dort, wo der Vorstehende der Genossen in Arbeit stände, der Tarif eingehalten werde. Bis schließlich ein junger Kollege dort anfing und sich bei uns aufnehmen ließ. Da wurde denn festgestellt, daß vom Unternehmer die Kündigung einseitig aufgehoben war. Trotzdem Herr Schumann als Arbeitgeber erklärte, daß das unzulässig sei, spielte sich Wagemann als Verteidiger des Arbeitgebers auf. Ferner sind den Kollegen für Ueberstunden keine Zuschläge gezahlt worden. Das alles wußte Wagemann. „Er bekommt für die Ueberstunden kein Kranken- und Invalidengeld abgehalten.“ Das Bedenkliche dabei ist, daß Wagemann für seinen tarifunreuen Meister noch bei Bedarf Leute von der Verbandskasse holt. Wie er selbst erklärte, „fällt es mir gar nicht mehr ein, persönlich für die einzelnen Kollegen einzutreten.“ Wir können den sozialdemokratischen Heißsporn, die Tag für Tag auf den „Christen“ herumjagen, nur den Star geben, im eignen Häuschen nach dem rechten zu sehen und dafür zu sorgen, daß wenigstens ihre „Führer“ bestrebt sind, den Vertrag dort, wo sie arbeiten, zur Anerkennung zu bringen. — Das kann aber nicht hindern, daß es auch hier in Hamn Licht wird,“ schrieb die rote Holzarbeiter-Zeitung in einer Notiz vor zwei Jahren von hier nach der Krankenkassenwahl. Das Licht scheint jetzt gekommen zu sein, denn von den Unterschriften der roten Wahlliste ist eine gefälscht.

Aus den angeführten Dingen mögen unsere „Freunde“ von drüben ersehen, daß sie genug Dreck vor der eigenen Türe zu sehen haben. Bevor sie nicht diese Arbeit verrichtet, mögen sie gefälligst uns mit ihren „Liebenswürdigkeiten“ verschonen.

Sterbefall.

Johann Pech, Schreiner, 43 Jahre alt, gestorb. zu Rheydt.
Julius Gebura, Kohrarbeiter, 25 Jahre alt, gestorben an Typhus zu Bremen.

Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

„Was wird's nützen?“ So fragen die Zweifler, die Angst meier und die — Trägen, wenn sie gebeten werden, ihre Kräfte mit in den Dienst unserer Sache zu stellen, mit auf die Haus-agitation zu gehen.

Für unseren Ort und unsere Gegend hat es keinen Zweck“, wehrt da schon einer gleich mit beiden Händen ab. Woher hat er diese Weisheit? Er hat's noch nie ernsthaft versucht, er meint es nur. In Wirklichkeit will er seine Ruhe haben und die anderen auch. Ein Schlächter, eine Regelpartis oder ein Kartenspieler sind ihm lieber. Rein, Freunden! Jahrelang hast du dir das in deiner Faulheit eingerebet, um dein Arbeitergewissen zu beschwichtigen und nicht in der gewohnten Bequemlichkeit gestört zu sein. Heut ist die Zeit zu ernst, sich etwas vorzutauschen. Wer das nicht einsehen wollte, hat sein Arecht darauf, als vollgültiger Gewerkschaftler angesehen zu werden. Es muß versucht werden und zwar ernsthaft und es wird was nützen.

„Was hier für uns zu holen ist, das haben wir; die anderen sind nicht zu zulegen!“ Wozu also die nutzlose Mühe? Woher weißt du denn dieses, Freund Pessimist! Wenn du vor einem halben Jahre und noch früher mal einen angeprochen hast und er kam nicht sofort gelaufen, so beweist das nichts. Die Zeiten sind heut andere wie früher. Nur fest und entschlossen dran und es wird was nützen.

„Bei uns ist alles rot und nichts zu machen“, meint ein anderer. Er hat sich aber noch nicht die nötige Mühe gegeben, genau festzustellen, wer alles im roten Verband ist und wer nicht. Man hat noch nicht gefragt, wer aus Ueberzeugung bei den roten ist und wer nur, weil er mal beschwächt wurde, aus Angst oder aus einer vorübergehenden Berührung. Man greife mal ernsthaft zu und man wird erfahren, daß noch so manche da sind, die nicht wirklich rot sind, die zu gewinnen sind,

Geduld, ein Kränklein aufgekaut, Brich's ab, Brauch's recht, mach's dir bekannt.

wenn wir es richtig anlassen. Darum also dran und angefaßt und es wird nützen.

„Wenn wir auch noch ein paar Kriegen, die sollen nachher doch nicht weiter“, meint ein anderer. Da liegen dann eben doch wahrhaftig auch Defekte an der Maschine der beruflichen Verwaltungsfunktion vor. Man untersuche mal alle einzelnen Teile des Vertrauensmännerapparates genau und gewissenhaft und es wird sich zeigen, daß ein beträchtlicher Teil berer, die ausgetreten sind, gehalten werden konnten, wenn diese oder jene Fehler vermieden oder Unterlassungen nicht vorgekommen wären.

„Wenn wir so nicht kriegen, der tritt auch bei der Hausagitation nicht bei“, so redet man sich an einem anderen Orte heraus. Wer weiß das denn so sicher und bestimmt? In seiner Wohnung kann man viel besser auf den Mann einwirken. Er hat mehr Zeit zum Nachdenken. Die Umgebung stört ihn nicht. Auf Frau und Verwandte kann man gleichzeitig einwirken und so Widerstände ausräumen. Die Erfahrung lehrt: Viele, die sonst nicht zu gewinnen waren, sind bei der Hausagitation geholt worden.

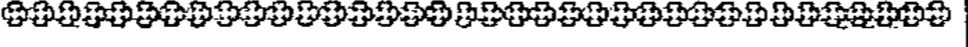
„Hier ist schon alles organisiert“, meint ein anderer. Er denkt nicht an die vielen Jugendlichen, nicht an die Arbeiterinnen, nicht an die Hilfsarbeiter und Tagelöhner, die auch gewonnen werden müssen. Also auch hier wird's was nützen. Überall noch, wo es in der richtigen Weise gemacht worden ist, hat es was genützt, in allen anderen Verbänden, auch in allen Jagdstellen unseres Verbandes, wo es richtig gemacht wurde.

Ein Kartellvertrag ist zwischen den soziald. Verbänden der Holzarbeiter und Fabrikarbeiter abgeschlossen worden. Der Vertrag dient dem Zweck, daß beiderseitige Agitationsgebiete abzugrenzen, um dadurch Grenzstreitigkeiten zu vermeiden. Nach den getroffenen Vereinbarungen ist der Fabrikarbeiterverband zuständig für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Gummi- und Gummierohstofffabriken, der Zellulose- und Zellulosewarenfabriken, mit Ausnahme der in den Hartgummi- und Zellulosewarenfabriken beschäftigten Drechsler und Bürstenmacher und der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kammi- und Haarstrichfabriken, für die der Holzarbeiterverband zuständig ist. Ferner ist der Fabrikarbeiterverband zuständig für die Betriebe, die der Verarbeitung von Holz zu Rohstoff für die Papier- und Pappenindustrie dienen, für die Säbholzfabriken, die Betriebe der Holzkonserverung sowie für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Farbstofffabrikation, soweit es sich nicht um unmittelbare Zweigbetriebe von Bleichfabriken handelt, und für Specksteinfabriken, mit Ausnahme der in diesen beschäftigten Drechsler. Der Holzarbeiterverband ist zuständig für alle Betriebe der Holzbearbeitung, gleichviel, ob es sich um gelernte oder ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen handelt. Insbesondere gehören zum Gebiete des Holzarbeiterverbandes auch die Sägereien und Schneidemühlen, mit Ausnahme der Betriebe, die der Verarbeitung von Holz zu Rohstoff für die Papier- und Pappenfabrikation dienen, sowie der Säbholzfabrikation, für welche der Fabrikarbeiterverband zuständig sein soll. Der Holzarbeiterverband ist ferner zuständig für alle Maschinenarbeiter und Helfer an Holzbearbeitungsmaschinen, alle Hilfsarbeiter der Holzbranche in Waggon- und Wagenfabriken, auf Bergen usw., alle Korbmacher und Holzarbeiter beiderlei Geschlechts in den Kinderwagenfabriken, für die Kistenmacher, die Arbeiter und Arbeiterinnen in Schäl...rifen, Zigarrenkisten- und Zigarrenwickelformenfabriken, in den Stod-, Schirm-, Zigarrenspitzen- und Pfeifenfabriken sowie in den Knopffabriken, den Stuhl- und Stuhlrohrfabriken, den Schußleifenfabriken, für die Betriebe der Kammi- und Haarstrichindustrie, soweit als Rohmaterial Horn, Bein, Elfenbein, Schildplatt und Zellulose verarbeitet wird, ferner die Hartgummi-, Horn-, Bein-, Zellulose- und Specksteindrechsler, für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bleichfabriken, der Bürsten-, Pinsel- und Besenfabrikation. Der Uebertritt soll vom zuständigen Verbaue veranlaßt, jedoch Druck oder Zwang dabei nicht ausgeübt werden. Neuaufnahmen aus nicht zuständigen Berufen dürfen in Zukunft nicht mehr stattfinden und müssen eventuell rückgängig gemacht werden. Bei Lohnbewegungen und Streiks, an denen Angehörige beider Organisationen beteiligt sind, hat nach diesen Vereinbarungen eine durch den Vertrag im einzelnen geregelte Verständigung zwischen den Beteiligten stattzufinden.

Zehn Jahre Krankenpflegerbewegung. Auf ein 10 jähriges Bestehen sieht soeben der „Deutsche Verband der Krankenpfleger und Pflegerinnen“ (Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften) zurück. Neben 50 Berufsverbänden wurde er 1903 gegründet, und doch stellt er heute die stärkste nationale Organisation der Krankenpfleger und Pflegerinnen dar (2000 Mitgl. in 35 Ortsgruppen). In jünger Arbeit erreichte er ein Niederringen des sozialdemokr. Verbandes, der heute völlig bedeutungslos geworden ist. Groß sind die Erfolge, die er für den bisher von der Sozialpolitik so sehr vernachlässigten Beruf erreichen konnte. Sie kamen in bereiten Worten zum Ausdruck in der Festrede, die der Leiter und Gründer des Verbandes, Kollege Streiter, beim letzten Jubiläum hielt. Diese Feier war aus ganz Deutschland besetzt, und nahm einen erhebenden Verlauf. Wir haben die Zuversicht, daß der rührige Verband, der besonders durch die parlamentarischen Verhandlungen in den letzten Jahren hervorgetreten ist, auch weiterhin bemüht sein wird, den Krankenpflegerberuf vom Durchgangsbetrieb zum bedeutenden Lebensberuf zu gestalten, und hoffen mit ihm, daß der dem Reichsamt des Innern vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit und der Unfallfürsorge

des Krankenpflegepersonals recht bald veröffentlicht werden möge. Unsere Kranken sind es wert, daß sie von einem tüchtigen, berufstreubigen, aber auch sichergestellten Personal versorgt werden.

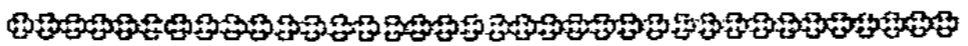
Legenden. Als kürzlich ein enklaffener Angestellter des christlichen Textilarbeiterverbandes allerhand Klatsch und Tratsch über seine bisherige Organisation in einer Broschüre zusammenstellte, da ließ sich die sojd. „Holzarbeiter-Zeitung“ diesen „fetten Wiffen“ nicht entgehen. War es für sie doch ein vorzüglicher Agitationsstoff gegen die „Christen“. Aber schon in ihrer nächsten Nummer (42) mußte die „Holzarbeiter-Zeitung“ eingestehen, daß auch dem roten Holzarbeiterverband Dinge nachgesagt werden, die er als unangenehm, unwahr und ungerecht empfindet. Bekanntlich hat sich der rote Holzarbeiterverband in Berlin ein Verbandshaus erbaut. Flugz waren die „Freunde“ aus den eigenen Reihen daran zu erzählen, wie bei diesem Hausbau und bei der Einrichtung des Verbandshauses, die Arbeitergroßen verschwunden worden seien. U. a. habe das Festmahl bei der Einweihung des Hauses 16 000 Mk. gekostet. Den Vorstandsmitgliedern würden im Verbandshaus die kostbarsten Wohnungen mielfrei zur Verfügung gestellt u. s. w. Nach der „Holzarbeiter-Zeitung“ sollen



Wer da fährt nach großem Ziel,
Lern' am Steuer ruhig sitzen,
Unbekümmert, wenn am Kiel
Lob und Tadel hoch aussprechen.



Ein tücht'ger Schiffer nie verzagt,
Er wird die Fahrt verstehen,
Und hoch am Mast in tiefster Nacht
Stets heil'ge Feuer sehen.



das alles Legenden sein. Verschwendet sei kein Geld worden. Bei der Grundsteinlegung hätten die beteiligten Arbeiter das übliche Trinkgeld erhalten. Die Kosten des Nichtfestes hätten für das Hausbaukonto etwa 850 Mk. ausgemacht. Die Kosten der Festtafel bei der Hausweihung etwa 1000 Mk., wären durch eine besondere Zuwendung von dritter Seite gedeckt worden. Im Verbandshaus aber wohne von den Verbandsangehörigen niemand, als der Kassierer, der für die damit verbundene Mühewaltung lediglich, die an und für sich teure Wohnung, mit dem Mietpreise bezahle, den er sonst in einem Privathause entrichtet habe. — Es liegt uns fern, die Angaben der „Holzarbeiter-Zeitung“ anzuzweifeln. Feststellen möchten wir nur, daß wir mit derselben Berechtigung wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ den Köhling'schen Tratsch veröffentlichte, dem roten Holzarbeiterverband, wegen der genannten, und auch wegen anderer Dinge, manch Schnippchen schlagen hätten können.

Soziale Rundschau.

Krankenkassenwahlen. Bei der Wahl zur gemeinsamen Ortskrankenkasse für das linksrheinische Düsseldorf erhielten Stimmen: die sozialdemokratische Liste 518 (19 Vertreter), die christliche 278 (10 Vertreter), die Hirsch-Dundersche 39 (1 Vertreter). Die Kasse war bisher sozialdemokratischer Besitz. — In Königsbrunn erhielt die christlich-nationale Liste 351 Stimmen (25 Vertreter), die sozialdemokratische Liste 219 Stimmen (15 Vertreter). 219 Stimmen, die auf die Liste der Vereinigten Frauvereine fielen, wurden wegen eines Formfehlers für ungültig erklärt. — In der Bürgermeisterei Angermund (Kreis Düsseldorf) brauchte eine Wahl nicht stattzufinden, da nur seitens der christlichen Arbeiter eine Liste eingereicht war. — Im bergischen Städtchen Konrod, wo der sozialdemokratische Abgott Bajalle seine ersten Triumphe feierte, beherrschte die Sozialdemokratie die dortige Ortskrankenkasse bisher vollständig. Die jetzige Ausschuswahl brachte den Genossen eine glatte Niederlage. Sie selbst spalteten sich in Radikale und Revisionisten. Es erhielten die sozialistisch-radikale Liste 912 Stimmen (17 Vertreter), die sozialistisch-revisionistische Liste 233 Stimmen (4 Vertreter), die christlich-nationale Liste 638 Stimmen (12 Vertreter), die Liste der Bandwickermeister 337 Stimmen (7 Vertreter). — Bei der Ausschuswahl zur Vereinigten Ortskrankenkasse für Handwerker in Köln (es bestehen 3 Ortskrankenkassen in Köln) entfielen auf die soziald. Liste 2188 Stimmen (30 Vertreter), auf die christliche Liste 793 Stimmen (10 Vertreter). Die Kasse war bisher ganz rot und bot die Wahl für die christlichen Arbeiter von vornherein wenig Aussicht. In Anbetracht dessen und der an anderer Stelle dieses Blattes geschilderten Vorgänge ist der Ausfall der Wahl für die christlichen Arbeiter ein sehr günstiger. — Bei der Ausschuswahl zur Ortskrankenkasse für den Kreis Hagen a. Br. brachte es die Liste der christlichen Arbeiter auf 1633 Stimmen (46 Vertreter), die sozialistische Liste auf 1155 Stimmen (33 Vertreter), eine sogenannte unabhängige Liste auf 400 Stimmen (11 Vertreter). — In Pirmasens (Pfalz) werden im Ausschus der Ortskrankenkasse 18 christliche und 32 sozialdemokratische Vertreter sein. — Bei der Wahl in Puzig (Westpr.) wurde die von christlich-nationaler Seite eingereichte Kandidatenliste als gewählt anerkannt, weil weitere Vorschläge nicht gemacht wurden. — In Heilsberg (Ostpr.) entfielen auf eine „amtliche“ Liste 230 Stimmen und 6 Vertreter, auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 232 Stimmen und 6 Vertreter. Die Wahl wird angefochten, weil mehrere Hundert Wähler von Gutshaus auf Kosten der bisherigen Krankenkasse nach Heilsberg zur Wahl befördert wurden. Jeder Wähler bekam Fahrgeld 4. Klasse (2,20 Mark) und 3 Mark Entschädigung für Wohnausfall vergütet. Das ist ungesetzlich und wird die Ungültigkeitserklärung der Wahl zur Folge haben. — Bei der Wahl für die Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Aurich (Ostfriesland) entfielen auf die christlichen

Arbeiter 17 und auf die sozialdemokratische Richtung 23 Vertreter. — In Norden (Ostfriesland) stellen die christlichen Arbeiterorganisationen 9 und die sozialdemokratischen Gewerkschaften 21 Vertreter. — Bei der Wahl zur Bau-Innungskrankenkasse in Dortmund erhielt die christlich-nationale Liste 632 Stimmen (9 Vertreter), die soziald. Liste 797 Stimmen (11 Vertreter). Im Vorstand werden beide Gruppen gleich stark vertreten sein. — Die Wahl des Ausschusses der Ortskrankenkasse für den unteren Kreis Solingen in Opladen brachte den christlichen Arbeitern 17, den sozialdemokratischen 13 Vertreter. Gegen die vorige Wahl ging die rote Stimmzahl zurück. — In Düren entfielen auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 1127 Stimmen (18 Vertreter), auf die sozialdemokratische Liste 736 Stimmen (12 Vertreter). — Bei der Wahl zur Betriebskrankenkasse des großen Karlsruher Werks in Rülheim am Rhein, der Felten & Guillaume Akt.-Ges. gehörend, erhielt die soziald. Liste 2168 Stimmen (29 Vertreter), die christliche Liste 1521 Stimmen (21 Vertreter). Die „Genossen“ boten bei Abschluß eines Kompromisses den christlichen Arbeitern 10 Mandate an. Gegen die letzte Wahl — die nach dem Mehrheitsystem stattfand, und bei der die „Genossen“ dann alle Mandate erhielten — hat die soziald. Liste 125, die christliche 491 Stimmen gewonnen. — Die Ausschuswahl zur Ortskrankenkasse in Geldern brachte der christlichen Liste 310 Stimmen (26 Vertreter), der soziald. Liste 167 Stimmen (14 Vertreter). — Im Kreis Steinfurt (Westfalen) erhielten die christlichen Arbeiter 33 Ausschusmitglieder, die „Genossen“ 2. — Bei der Ausschuswahl zur Schreiner-Innungskrankenkasse in Hagen erhielt die Liste des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter 60 Stimmen (10 Vertreter), die Liste des soziald. Holzarbeiterverbandes 80 Stimmen (14 Vertreter). — Die Wahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse in Ologau brachte den christlich-nationalen Arbeitern bei 152 für ihre Liste abgegebenen Stimmen 10 Vertreter. Von der roten Liste sind bei 460 Stimmen 30 Vertreter gewählt. — Magdeburg-Neustadt. Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe: soziald. Liste 2231 Stimmen (27 Vertreter); Hirsch-Dundersche Liste 204 Stimmen (3 Vertreter). — Bei der Wahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse in Bielefeld erhielten die sozialdemokr. Gewerkschaften 414 Stimmen (54 Vertreter), die christlich-nationalen Arbeiter 449 Stimmen (6 Vertreter). — Schlechter schnitten die „Genossen“ in der roten Hochburg Bielefeld bei der Wahl zur Näherer-Ortskrankenkasse ab. Sie brachten hier bei 950 Stimmen 14 Vertreter durch, während eine „unabhängige Liste“ bei 1037 Stimmen 16 Vertreter erhielt. Die Wahl zur Betriebskrankenkasse bei der Akt. Ges. Dürkopp brachte den „Genossen“ 254 Stimmen (47 Vertreter), den christlichen Gewerkschaften 265 Stimmen (3 Vertreter). Bei der Firma Göricks erhielt die soziald. Liste 285 Stimmen (22 Vertreter), die christliche Liste 71 Stimmen (5 Vertreter), eine gelbe Liste 42 Stimmen (3 Vertreter). — In Neç (Stadt) erfüllten die „Genossen“ eine erhebliche Niederlage. Bisher stellten sie alle Arbeitnehmervertreter in der Ortskrankenkasse. Bei der jüngsten Wahl brachten sie mit 1295 Stimmen nur 21 Vertreter durch, während zwei nichtsozialdemokratische Listen es auf 1347 Stimmen und 31 Vertreter brachten. — In Neustrelitz erhielt die christlich-nationale Liste 227 Stimmen (6 Vertreter), die sozialdemokr. Liste 579 Stimmen (14 Vertreter). Da hier die christlich-nationale Arbeiterbewegung noch in ihren Anfängen steht, ist der Wahlausfall für sie ein schöner Erfolg. — In Limburg an der Lahn waren drei Listen eingereicht. Eine sozialdemokratische Liste befand sich nicht darunter. Die Mehrheit der Arbeitnehmervertreter stellen die christlich-nationalen Arbeiter. — Bei der Wahl des Ausschusses für die Schreiner-Zwangsinnungskrankenkasse in Bochum erhielt die Liste des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter 78 Stimmen, die Liste der vereinigten soziald. und H.-D. Holzarbeiter 57 Stimmen. Von 143 Wahlberechtigten haben 135 ihr Wahlrecht ausgeübt. Unsere Kollegen haben angesichts des gemeinsamen Ansturmes der roten und Hirsch-Dunderschen sich bis auf eine einzige Ausnahme vollständig an der Wahl beteiligt. Die armen Hirsch-Dunder haben sich bei dieser Wahl wieder einmal arg in die Kasse gesetzt. Einen einzigen Kandidaten hatten ihnen die „Genossen“ auf ihrer Liste eingeräumt, und dann noch an einer Stelle, wo dessen Wahl von vornherein aussichtslos war. Ober haben die guten Leute sich im Ernste eingebildet, sie würden über 2/3 der gesamten Stimmen erhalten? Es scheint fast so, anders kann man sich ihr Verhalten nicht erklären. — Bei der Wahl des Ausschusses für die Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter in Aßen erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften 282 Stimmen (35 Vertreter), die der Sozialdemokraten 64 Stimmen (8 Vertreter) und die der Hirsch-Dunderschen 53 Stimmen (7 Vertreter). — Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse erhielten christlichen Gewerkschaften 255, die Sozialdemokraten 65 Stimmen. Es ist dieses ein glänzendes Resultat für Aßen, wo die „Genossen“ durch die Entwicklung der Industrie sich ziemlich breit machen. — In Waldsee (Württemberg) sind sämtliche Kandidaten von der Liste der christlich-nationalen Arbeiter gewählt. — Dasselbe ist in Kollfeld (Bayern, Kachen) der Fall. — Bei der Wahl zur Ortskrankenkasse in Montjoie erhielt die Liste der christlich organisierten Arbeiter 11 Vertreter. Auf eine von den Arbeitgebern unterstützte Liste der Werkmeister und „gutgesinnten“ Arbeiter entfiel 1 Vertreter. — Bei der Ortskrankenkassenwahl in Urdingen erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften 435 Stimmen (13 Vertreter), die soziald. Liste 199 Stimmen (6 Vertreter). Auf eine Liste des bisherigen Vorstandes entfielen 7 Stimmen (1 Vertreter).

Gewerbegerichtswahlen. Bei der in den Tagen vom 21. bis 24. Oktober getätigten Wahl der Arbeitnehmervertreter zum Gewerbegericht in Rülheim-Ruhr wurden sowohl von der Liste der christlichen als auch der sozialdemokratischen Liste je drei Kandidaten gewählt. Die höchste Stimmenzahl erhielten die christlichen Gewerkschaften. Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften gingen leer aus. — Bei der Gewerbegerichtswahl in Kachen-Land wurden für alle drei Spruchkammern die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften gewählt. Die „Genossen“ hatten es vorgezogen überhaupt keine Kandidaten aufzustellen. — Bei der Gewerbe-

Mitleid hab' mit allen, - Mit Mensch und Tier, - Nur eines lasse fallen: Mitleid mit dir.

gerichtswahl in Hamm wurde die Liste der christlichen Gewerkschaften mit 1198 Stimmen gewählt. Die sozialdemokratische Liste brachte es auf 262, die Hirsch-Dundersche auf 289 Stimmen.

Großkapitalist und Sozialdemokratie. Der Großindustrielle Ernest Solway, der in Deutschland eine ganze Reihe von industriellen Werken, aber in Brüssel seinen Wohnsitz hat, ist ein ausgesprochener Freund und Förderer der Sozialdemokratie. Kürzlich wurde er wieder in der sozialdemokratischen Presse wegen mehrerer Stiftungen zu Arbeiterwohlfahrtszwecken in hohen Tönen gepriesen. „Der Industrielle Solway“, so schrieb die Rheinische Zeitung in Köln (Nr. 221 1913), „unterscheidet sich auch in seinen Wohlfahrtsanstaltungen von anderen Arbeitgebern recht vorteilhaft. Er hält es für selbstverständlich, daß seine Arbeiter volle Freiheit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht haben. Der sozialistischen Bewegung steht er sympathisch gegenüber; den Wahlrechtsstreik hat er moralisch und materiell unterstützt.“ — So preist die sozialdemokratische Presse ihren kapitalistischen Freund, der für eine sozialdemokratische Volksbibliothek in Brüssel einmal 60 000 Frs., für den letzten Generalstreik 75 000 Frs. gespendet hat. Wie es nun mit der wirklichen Arbeiterfreundlichkeit dieses sozialdemokratischen Goldknäuels aussieht, darüber kann man sich auf den Solway'schen Salinenwerken in Lothringen näher informieren. Dort hatten die Arbeiter bis zum Jahre 1906 eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden, ferner alle 14 Tage Sonntags 24 Stunden, und verdienten Löhne von Mk. 2,20, Mk. 2,50 pro Tag. Es mußte ein langwieriger Streik geführt werden, um mit diesen unwürdigen Zuständen wenigstens in etwa aufzuräumen. Trotz der Zusicherung beim Abschluß des Streiks, daß keine Maßregelungen erfolgen sollten, sind trotzdem nachher fast alle christlich-organisierten Arbeiter aus dem Betriebe entfernt worden; auch heute noch besteht unter den dortigen Arbeitern die feste Ueberzeugung, daß christlich Organisierte nicht geduldet, wohl aber die sozialdemokratische Bewegung gerne gesehen würde. Von den sozialdemokratischen Gewerkschaften aber wollen die Arbeiter nichts wissen, weil ihnen die viele Freundschaft zwischen dem Werkbesitzer und der roten Umklepartei sehr verdächtig vorkommt. Und die denkenden Arbeiter beurteilen auch die Wohlfahrtsanstaltungen in den Solway'schen Werken genau so, wie ähnliche Einrichtungen sonst von der Sozialdemokratie eingeschätzt werden. Von dem Geist dieser Wohlfahrtsanstaltungen zeugt auch die Tatsache, daß bei Gewährung einer Arbeitsprämie von Mk. 100 für 25-jährige Dienstadt solche Arbeiter, die sich an dem Streik beteiligt hatten, übergangen wurden. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem für diesen Unternehmern schwärmt, so läßt das tief blicken. Ein bekanntes Wort sagt ja: Geld riecht nicht!

„Bald Raß — bald Rater.“ In den Vertreterwahlen für die Allgemeine Ortskrankenkasse Königsberg-Landkreis war als einzige Wahlvorschlagsliste eine solche von sozialdemokratischer Seite eingereicht worden. Unter den Unterzeichneten waren mehrere, die von derselben Hand geschrieben zu sein scheinen. Die Behörden leiteten Untersuchungen ein, und die Untersuchungen ergaben die Nichtigkeit der Berechnung. Nicht unterschrieben stammten von einem und demselben Schreiber. Es fanden nun amtliche Ermittlungen durch die Amtsvorsteher statt, und die Träger der Namen, die auf der Liste verdächtig erschienen, wurden vernommen. Am 19. September gaben vier von den acht die schriftlichen Erklärungen:

„Wir haben keinen Menschen beauftragt, unseren Namen unter die Vorschlagsliste zu setzen, und wissen auch nicht, wer dieselbe mit unserem Namen unterzeichnet hat.“

Schon am 23. September ließ aber, von denselben vier unterschrieben, ein Schreiben bei der Behörde ein, welches das Gegenteil der vorhergehenden Erklärung enthielt und lautete:

„Wir geben die Erklärung ab, daß wir zu der Unterzeichnung der mit Albert Schulz beginnenden Vorschlagsliste zur Vertreterwahl zum Ausschusse der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Königsberg mit unserem Namen den Auftrag gegeben haben und ausdrücklich damit einverstanden gewesen sind.“

Es gibt Leute, die über solche Vorkommnisse den Kopf schütteln. Wer sich aber tagtäglich mit den „Genossen“ herumschlagen muß, weiß daß die „Genossen“ Allerweltsterke sind, die einfach alles fertig bringen. Es geht ihnen wie den Ragen: Sie mögen Nuzelbäume schlagen wie sie wollen, sie finden immer den „Dreh“, daß sie wieder mit den Beinen zuerst den Erdboden berühren.

Parteiinteresse und Versicherteninteresse. Bei den Krankenkassenwahlen kann man in den soziald. Flugblättern mit einer bestimmten Regelmäßigkeit lesen, daß die Interessen der Versicherten schwer gefährdet sind, wenn nicht die soziald. Kandidaten zu Ausschußmitgliedern gewählt werden. Wie aber bei den „Genossen“ das Parteiinteresse bei den Vorgängen in den Krankenkassen immer im Vordergrund steht, dazu bringt die Meyer „Vohringer Volksstimme“ einen interessanten Beleg. Es besteht für den Stadt- und den Landkreis Meyer eine besondere Ortskrankenkasse. Beide Kassen haben eine soziald. Mehrheit. Die „Genossen“ beschloßen nun eine

Den Feigling müssen wir bedauern, Der einzig nur sein Leben schätzt, Der es nicht froh, mit Wonneshauern In eine große Sache setzt.

Nicht so vieles Federlesen, Laß mich immer nur herein: Denn ich bin ein Mensch gewesen, And das heißt ein Kämpfer sein.

Berühmung der beiden Kassen. Auf den Einspruch der Arbeitgebervertreter hob die Aufsichtsbehörde diesen Beschluß auf. Warum aber die beiden Kassen verschmolzen werden sollten, das ließ bei Gelegenheit des Verbandstages des Elsaß-lothringischen Ortskrankenkassenverbandes, der soziald. Krankenkassenverbandes deutlich erkennen. Zu einem Herrn aus Meyer, den er wahrscheinlich für einen „Genossen“ hielt, redete Herr Fräsdorf zu:

„Lieber Genosse! Arbeiten Sie mit aller Energie an der Verschmelzung der beiden Kassen. Das liegt im Interesse der dortigen Partei. Die Arbeit wird dadurch auf dem Lande leichter und der Wahlkreis bleibt uns erhalten. Ferner müßt Ihr auch dafür sorgen, daß Ihr die Einziehung der Beiträge zur Invalidenversicherung erhaltet, dann behalten wir die Genossen beistammen. Vielleicht gibt uns die Landesversicherungsausschuss vier Prozent, dann können wir noch drei Genossen mehr auf der Liste aufstellen. Wir müssen auch dafür sorgen, daß tüchtige Organisatoren als Krankenkassentouren angestellt werden.“

Die Nichtigkeit dieser Auslassungen müssen wir natürlich der Vohringer Volksstimme überlassen. Mit den Erfahrungen aber, die fast allenthalben seitens der christlich-nationalen Arbeiter gemacht wurden, stimmen die Auslassungen recht gut überein.

Nähergang der Sozialdemokratie. Bei den am 21. Oktober stattgefundenen Landtagswahlen in Baden erlitt die sozialdemokratische Partei einen ganz empfindlichen Stimmenverlust. Während sie bei der Wahl im Jahre 1909 noch 86078, das sind 23,1 Prozent aller abgegebenen Stimmen erhielt, brachte sie jetzt nur noch 74 633 Stimmen auf. Das sind von allen abgegebenen Stimmen nur 22,3 Prozent. Das Volk tut wirklich gut daran, wenn es sich in einer solchen Weise von der Sozialdemokratie abwendet. Das Schuldkonto dieser Partei ist für jeden Menschen, der denken kann, außerordentlich stark belastet.

Wahl der Kassenorgane. Ein Erlass des preuss. Ministers für Handel und Gewerbe vom 23. August 1913. (S. Nr. 81 S. 551) besagt folgendes:

Zur Vermeidung von Mißverständnissen welse ich darauf hin, daß weder durch die Bestimmung des Herrn Reichsanzlers vom 11. Juli d. J. (S. Nr. 81 S. 577, noch durch den Erlass vom 22. Juli d. J. (S. Nr. 81 S. 529) die Eintragung von Wahlberechtigten, deren Wahlrecht ohne weiteres festgestellt werden kann, in die vom Versicherungsamt aufzustellende Wählerlisten von Amts wegen ausgeschlossen ist. Dies wird nötigenfalls vom Königlichen Oberversicherungsamt auf Grund der ihm erteilten Ermächtigung zum Erlass weiterer Ausführungsbestimmungen anzuordnen sein. In die Listen sind alle Personen einzutragen, die wahlberechtigt wären, wenn die neuen Kassen nicht erst mit Wirkung vom 1. Januar 1914, sondern im Zeitpunkt der Wahl ins Leben treten würden. Zur Feststellung der Wahlberechtigung werden die Mitgliederverzeichnis der Träger der Krankenversicherung, deren Mitglieder vom 1. Januar 1914 ab der allgemeinen Ortskrankenkasse angehören werden, einen Anhalt bieten, doch ist die Aufstellung nicht auf diese Hilfsmittel beschränkt. So können, wenn dadurch eine Verzögerung der Wahl nicht eintritt, auch Erhebungen über die durch die Reichsversicherungsordnung der Versicherungsamt neu unterstellten Personen, soweit sie nicht schon bisher statistisch versicherungspflichtig waren, in Frage kommen. Dabei ist der Unterschied der Höchstverdienstgrenze in § 2 b R. V. G. und in § 165 Abs. 2 A. V. G. zu beachten. Ferner ist bei der Aufstellung der Wählerlisten auf die Scheidung nach Berufsgruppen, die etwaige Abgrenzung nach Wahlbezirken (§ 334 Abs. 2 A. V. G., § 97 Abs. 11, 12 der Musterfassung für die Ortskrankenkassen bei Ausschluß von Landkrankenkassen, § 79 Abs. 11, 12 der Musterfassung für Ortskrankenkassen, in deren Bezirk eine Landkrankenkasse errichtet ist) und die Bildung örtlicher Wahlbezirke (§ 11 Abs. 4 Satz 2 der Musterfassung) Rücksicht zu nehmen. Es kann zweckmäßig sein, für den Bezirk aller oder einzelner Versicherungsämter die Anmeldeung der neu in die Versicherung einbezogenen Personen durch den Arbeitgeber vorzuschreiben.

Zum Nachweise der Wahlberechtigung von Personen, die nicht in die Wählerlisten aufgenommen sind, werden insbesondere eine Bestätigung der Gemeinde- oder Ortspolizeibehörde oder einer Krankenkasse, sowie eine mit dem Firmenstempel versehene oder behördlich beglaubigte Bescheinigung des Arbeitgebers, bei Dienstboten auch das Dienstbuch gelten können. Der Nachweis ist jedoch nicht auf diese Beweismittel zu beschränken, sondern dem freien Ermessen aller Mitglieder des Wahlvorstandes zu überlassen.

Aus dem gewerblichen Leben.

Die Uhrenindustrie sucht Arbeitskräfte. Die Billinger Handelskammer fordert die jungen Leute des Schwarzwaldes auf, sich der Uhrenindustrie zuzuwenden, „wo es strebsame Arbeiter bald zu einer schon bezahlten Stellung bringen können.“ Die Schwarzwälder Uhrenindustrie und die ihr nahestehenden Industriezweige könnten alljährlich eine größere Zahl tüchtiger junger Leute aufnehmen und ihnen „ein gutes Fortkommen“ bieten. Eine derartige Aufforderung erging schon mehrfach an das junge Volk auf dem Schwarzwalde. Man sollte deshalb annehmen, daß die Lage der Uhrenindustriearbeiter eine geradezu glänzende wäre. Daß das nicht der Fall ist, muß man uns in jedem Uhrenindustriestrick des Schwarzwaldes bestätigen. Es könnte aber ohne Zweifel besser mit der Lage der Uhrenindustriearbeiter bestellt sein, wenn letztere in stärkerem Maße sich zur Organisation bequemen.

Literarisches.

Taschenbuch für evangelische Arbeiter. In neuem Gewande erscheint das Taschenbuch für evangelische Arbeiter 1914, das schon so manchem evangelischen Arbeiter zum täglichen Begleiter geworden ist. Das in diesen Tagen erscheinende Buch ist vergrößert und erweitert; es bringt alles, was man im Taschenbuch zu finden gewohnt ist, ein großes Kotzenbuch für alle Tage des Jahres, Angaben über Posttarife, über europäische Fürstentümer und dergl., dazu ein viel Taschenmaterial bietendes Aufsat von Pfarrer Ungnad: „Ist die evangelische Kirche sozial untätig?“ und Ausführungen von Paul Klingenberg über das 5. Gebot und der Krieg, endlich viele Angaben über Arbeiterversicherung, Sparkassen, Säuglings-Sterblichkeit und dergl.: Nützliches, wie man es für den Kampf der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aufs beste brauchen kann.

Adressenveränderungen. Rheine i. B. V. R. Anton Schubert, Gesehenshaus, Kolpingstr. 3.

Die gemeinnützige Volksversicherung

des Reichsverbandes der christlichen Gewerkschaften (Hilfs-Versicherungen bis zur Höhe von 1500 Mk. ab. 14jährige Beitragspflicht bis zur Höhe von 20 bis 50 Pfennig. Freiwillige Zusatzbeiträge zur Erhöhung der Versicherungsleistung. Vier Tarife: a) Sterbegeldversicherung mit abgählter Prämienzahlung. b) Versicherung auf Todes- und Lebensfall. c) Fälligkeit der Versicherungsleistung beim Tode, spätestens beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. d) Versorgungsversicherung. Fälligkeit der Versicherungsleistung nach Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Die Beiträge zahlen endet mit dem Tode des Versicherten, spätestens mit dem Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer. Lebensversicherung der Versicherungsnehmer vor Fälligkeit derselben, bei Krankheit, Unfall, Spätzahlung u. dgl. m. t. Günstige Bedingungen: Keine ärztliche Untersuchung. Dreimonatige Zahlungsfrist. Größtes Höchstalter bei Aufnahme der Versicherungsnehmer 65 Jahre. Rückzahlung der Beiträge, wenn nach Ablauf der Versicherungszeit noch ein Betrag von 1000 Mk. oder mehr vorhanden ist. Die gemeinnützige Volksversicherung a. d. L. hat unter ständiger Kontrolle eines Reichsvereins, Mitglieds 87, des Gemeines stehen den Versicherten wieder zu. Die Dividende der Aktionäre darf höchstens 4 % nicht übersteigen. — Auskunft erteilt bereitwillig die Betriebsstelle des Reichsverbandes. Von denselben erteilt man auch die Prospekte und Anmeldeformulare.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf. TAGES-KURSE FÜR SCHREINER. (44 Std. wöchtl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Büch. Geschäftsbriefwechsel, Wechseldk., Rechnen, Kalkül, Fläch- u. Körperberechn., gewerb. Gesetzeskde., Stil- u. Formel., Mat., Werkz., Maschinenkde., Freihand., Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 37. Der Direktor: ZILMER.



Gobler, Fräzer und Sandfager, sowie einige Arbeiter. Hermann Schlichte, Meister (Vogel) David Janssen. Überall kann man hören. Das Buch „Der praktische Tischler“ hat seine Auflage von 100 000 Exemplaren erreicht. Die 2. Auflage ist nun erschienen. Das Buch enthält alle Kenntnisse, die ein Tischler zum Meister werden muß. Es ist das beste Buch für den Tischler. Preis 10 Mark. Versand durch den Verlag des Reichsverbandes der christlichen Gewerkschaften, Düsseldorf, Postfach 100. Bestellungen sind zu richten an den Verlag des Reichsverbandes der christlichen Gewerkschaften, Düsseldorf, Postfach 100.

Tüchtige Fertigerpolierer für Pianofabrik in der Oberlausitz sofort gesucht. Meldungen an das Sekretariat d. Zentralverbandes christl. Holzarbeiter Deutschlands, Breslau, Kaufstr. 14 erteilen. In Hamburg finden tüchtige Möbeltischler die nachweislich schon längere Zeit in größeren besseren Betrieben gearbeitet haben und mindestens 24 Jahre alt sind, Beschäftigung. Arbeitsnachweis des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter, Hamburg, Bremerstraße 12 p. Eingelegte Journiere für Nähtische, Schatullen und Füllungen. Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsbriefe. Gustav Wüller, Marquettstr., Dreißiger, Theaterstraße 7.